Willy-Brandt-Gespräch 2009

Bürger und Politik – zunehmend auf Distanz?

Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren Grundgesetz und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution

Vortrag und Podiumsdiskussion am 24. März 2009
im Festsaal des Roten Rathauses in Berlin

Bundeskanzler | Willy Brandt | Stiftung

Schriftenreihe
Heft 20

HERAUSGEBERIN
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

Der Vorstand
Karsten Brenner, *Ministerialdirektor a. D. (Vorsitzender)*
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Klaus Schönhoven

REDAKTION
Dr. Wolfram Hoppenstedt *(Geschäftsführer)*
Dr. Bernd Rother
Dr. Wolfgang Schmidt

Schriftleitung: Dr. Wolfgang Schmidt

© 2009 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin
Tel.: 030 / 787707-0
Fax: 030 / 787707-50
E-Mail: info@willy-brandt.de
www.willy-brandt.de

GESTALTUNG
Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK
Aldi-Verlag – Albert Dietl Verlag GmbH, Unterschleißheim

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2009
ISSN 1434-6176
ISBN 978-3-933090-19-5

Willy-Brandt-Gespräch 2009

Bürger und Politik – zunehmend auf Distanz?
Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren Grundgesetz und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution

Vortrag und Podiumsdiskussion
bei der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 24. März 2009 im Festsaal des Roten Rathauses in Berlin

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 20

INHALT

Willy Brandt – 6
Stationen seines Lebens

Karsten Brenner 8
Grußwort des Vorsitzenden des Vorstands
der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Dr. Heribert Prantl 13
Vortrag »Bürger und Politik – zunehmend auf Distanz?
Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren
Grundgesetz und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution«

Podiumsdiskussion 28
Gerald Häfner
Prof. Dr. Jutta Limbach
Prof. Dr. Oskar Niedermayer
Wolfgang Thierse
Moderation: Anke Plättner

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933-1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945-1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949-1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950-1971	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955-1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957-1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964-1987	Vorsitzender der SPD
1966-1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969-1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969-1974	Bundeskanzler

1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976-1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977-1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979-1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987-1992	Ehrenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

KARSTEN BRENNER, MINISTERIALDIREKTOR A. D.

Grußwort des Vorstandsvorsitzenden

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

als Vorstandsvorsitzender der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung heiße ich Sie auch im Namen unseres Kuratoriumsvorsitzenden Wolfgang Thierse herzlich willkommen.

Mit dem jährlichen Willy-Brandt-Gespräch greifen wir aktuelle und in die Zukunft weisende Themen auf, deren Diskussion wir mit der Erinnerung an das politische Erbe Willy Brandts verbinden. Über Ihr Interesse an unserer Veranstaltungsreihe freuen wir uns sehr. Für die kompetente Vorbereitung dieses Forums bedanke ich mich bei den Mitarbeitern der Stiftung, insbesondere bei Herrn Dr. Wolfgang Schmidt.

Das heutige Thema verspricht ganz offensichtlich einen spannenden Abend. Anlass ist die Erinnerung an zwei Daten der jüngeren deutschen Geschichte, denen in diesem Jahr noch viele Veranstaltungen gewidmet sein werden: Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Verfassung, das Grundgesetz, werden 60 Jahre alt, und zudem jähren sich zum zwanzigsten Male die Friedliche Revolution in der DDR und der Fall der Mauer, die den Weg zur deutschen Einheit öffneten. Zieht man den historischen und den internationalen Vergleich heran, so kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Bundesrepublik zu Recht als „geglückte Demokratie“ bezeichnet wird, wie der Heidelberger Historiker Edgar Wolfrum es formuliert hat. Dennoch wollen wir das Thema der Jubiläen heute ein wenig gegen den Strich bürsten. Ohne in modischen Pessimismus zu verfallen, fragen wir, wie es nun wirklich um Zustand und Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens steht: Gehen wir verantwortlich um mit dem Verfassungsrahmen, den die Schöpfer des Grundgesetzes vor sechzig Jahren geschaffen haben? Nutzen wir die Möglichkeiten, die die wiedererlangte Einheit in Freiheit uns vor zwanzig Jahren aufgetan hat?

Erlauben Sie mir, vorab kurz über die laufende Arbeit der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung zu informieren. Dank der Unterstützung durch die Bundesregierung – den Beauftragten für Kultur und Medien (BKM) – wie durch den Deutschen Bundestag ist unsere Stiftung inzwischen an zwei Standorten tätig: In Berlin, im Rathaus Schöneberg, und seit Dezember 2007 auch in der Heimatstadt Willy Brandts, in Lübeck. Im dortigen Willy-Brandt-Haus

präsentieren wir eine höchst informative Ausstellung, die von den Bürgern und den Besuchern der Stadt sehr gut angenommen wird und wegen ihrer multimedialen Gestaltung auch für junge Menschen attraktiv ist. Gespräche mit Zeitzeugen, die Willy Brandt noch unmittelbar erlebt haben, stoßen auf ein Interesse, das unsere Erwartungen weit übertrifft. Besonders erfolgreich entwickelt sich die Arbeit mit Schülern und Lehrern. Das Willy-Brandt-Haus ist auch ein Lernort für Zeitgeschichte, denn es verbindet die Vermittlung des Lebens und Wirkens von Willy Brandt mit einem Gang durch die Geschichte fast des gesamten 20. Jahrhunderts.

Hier in Berlin konnten wir im November vergangenen Jahres in Partnerschaft mit der Humboldt-Universität eine neue Veranstaltungsreihe starten: Die Willy-Brandt-Vorlesung im Auditorium Maximum der HU bietet profilierten Persönlichkeiten eine Plattform, sich zu zentralen Themen zu äußern, vor allem zu den globalen Herausforderungen, die schon Willy Brandt umgetrieben haben und dringend das gemeinsame Handeln der Weltgemeinschaft verlangen. Die erste Willy-Brandt-Vorlesung hat Weltbankpräsident Robert Zoellick gehalten. Seine Rede, mit der er sehr persönlich das internationale Wirken Brandts gewürdigt hat, ist gerade in unserer Schriftenreihe erschienen. Ebenso haben wir das Protokoll eines Gesprächs zwischen Altbundeskanzler Helmut Schmidt und Egon Bahr veröffentlicht, das beide im September 2008 im Lübecker Willy-Brandt-Haus miteinander führten und in dem sie auf ihre gemeinsame Zeit mit Willy Brandt zurückblickten.

Im Herbst dieses Jahres soll die Berliner Ausgabe abgeschlossen werden, mit der die Stiftung das umfangreiche schriftliche Vermächtnis Willy Brandts dokumentiert und präsentiert. Der zehnte und letzte Band wird sich den internationalen Beziehungen und der deutschen Frage zwischen 1982 und 1992 widmen. Für das Jahr 2010 planen wir eine Historikerkonferenz, mit der wir nach Fertigstellung dieses großen Editionswerkes Bilanz ziehen wollen.

Meine Damen und Herren, das Jahr 2009 gibt Anlass zu einem weiteren Rückblick. Am 28. Oktober wollen wir mit einer Festveranstaltung im Rathaus Schöneberg des 40. Jahrestages der Bildung der sozial-liberalen Koalition unter der Kanzlerschaft Willy Brandts gedenken. An jenem Tag des Jahres 1969 gab er als erster sozialdemokratischer Bundeskanzler seine Regierungserklärung ab. Ein zentrales Motto war für ihn die Absicht, „mehr Demokratie zu wagen“. „Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert“, rief er aus. Willy Brandt wollte insbesondere die jungen Menschen dazu bewegen, aktiv an der politischen Willensbildung teilzuhaben, in Parteien und Parlamenten mitzuwirken, statt sich von ihnen abzuwenden.

Und damit sind wir exakt beim Thema des heutigen Abends, dem Verhältnis zwischen Bürgern und Politik. Schon seit zwei Dekaden sind Entwicklungen im Gange, die uns nachdenklich stimmen. Die Beteiligung an Wahlen in der Bundesrepublik geht zurück, in dramatischer Weise auf der Ebene der Kommunen und der Länder. Auf der Bundesebene ist ein deutlicher Rückgang festzustellen, wenn man auf die jüngeren Altersgruppen blickt. Nicht wählen zu gehen wird

mittlerweile auch von solchen, die es besser wissen sollten, zu einer staatsbürgerlichen Tat geadelt. Die Volksparteien verlieren seit Jahren nicht nur Wähler, sondern auch Mitglieder. Zugleich erhöht sich die Zahl der Parteien, was die Mehrheitsbildung in den Parlamenten erschwert. Generell scheint das Vertrauen in die Parteien und politischen Institutionen zu schwinden.

Dazu trägt sicher bei, dass politische Entscheidungsprozesse immer unübersichtlicher geworden sind und der Einfluss wirtschaftlicher Sachzwänge – tatsächlicher oder angeblicher – auf die Politik extrem zugenommen hat. Häufig ist nicht mehr zu erkennen, wer für bestimmte Entscheidungen verantwortlich ist: Die Kommune, das Land, der Bund oder die EU, Gipfeltreffen der G-8- und der G-20-Staaten oder die globalen Märkte. Dennoch sind die Erwartungen, die die Öffentlichkeit an die Gestaltungskraft der Politik richtet, unverändert hoch. Und seit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte wird plötzlich wieder nach der lenkenden Hand des Staates gerufen, von der man jahrelang nichts mehr hatte wissen wollen.

Die Formen politischer Partizipation haben sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Heute engagieren sich viele Menschen lieber in Vereinen, Aktionsbündnissen, Bürgerinitiativen und in Nicht-Regierungsorganisationen, die sich mit der Globalisierung, der Entwicklungshilfe, dem Klima- und Umweltschutz, den Menschenrechten oder sozialen Belangen beschäftigen. Gleichzeitig driftet ein erschreckend großer Teil von Jugendlichen ins politische Abseits ab, wie der Zulauf zu rechtsradikalen Gruppierungen und das alarmierende Anwachsen extremer Einstellungen dokumentieren.

Demokratie und immer weniger Demokraten, die aktiv zu partizipieren bereit sind – das kann auf Dauer nicht gut gehen. Wie kann das Interesse und die Bereitschaft zu staatsbürgerlicher Mitwirkung wieder gestärkt werden? Was muss die Politik, müssen die Parteien leisten, um wieder überzeugender und attraktiver zu werden? Auf welche anderen gesellschaftlichen Akteure kann man bauen, um eine Revitalisierung unserer Demokratie voranzubringen?

Meine Damen und Herren, der Referent, der uns gleich mit seinen Thesen konfrontieren wird, ist ein besonders kenntnisreicher Beobachter der politischen Prozesse in der Bundesrepublik, ein scharfer Analytiker der Verfasstheit unseres Gemeinwesens und zugleich ein leidenschaftlicher Verfechter von Bürgerrechten und Demokratie.

Ich begrüße herzlich Heribert Prantl, den Leiter des Ressorts Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung.

Sodann heiße ich die vier Podiumsteilnehmer des heutigen Abends herzlich willkommen: Die ehemalige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und danach des Goethe-Instituts, Frau Professorin Jutta Limbach,
den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages und Kuratoriumsvorsitzenden unserer Stiftung, Wolfgang Thierse,
den Vorstandssprecher des Vereins „Mehr Demokratie“ und früheren Bundestagsabgeordneten der Grünen, Gerald Häfner,
und last but not least Herrn Prof. Oskar Niedermayer, der an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft lehrt.

Moderiert wird der Abend wie im vergangenen Jahr von der Fernsehjournalistin Anke Plättner, uns vertraut von Phoenix.

Ich darf nun Herrn Prantl bitten, uns seine Thesen vorzustellen. Vielen Dank.

DR. HERIBERT PRANTL

BÜRGER UND POLITIK – ZUNEHMEND AUF DISTANZ?
ZUSTAND UND ZUKUNFT UNSERER DEMOKRATIE
NACH 60 JAHREN GRUNDGESETZ UND
20 JAHRE NACH DER FRIEDLICHEN REVOLUTION

Als vor 15 Jahren der neue Münchner Flughafen eingeweiht wurde, ging der damalige Ministerpräsident Max Streibl mit den Journalisten stolz und beseelt durch die großen Hallen. Alles war blitzblank, weitläufig, weltläufig und edel; am Boden glänzte der polierte Granit, an den Wänden prangte moderne Kunst, aus den Lautsprechern klangen die Weltsprachen. Als die Besichtigung nach zwei Stunden zu Ende war, fragte ein Journalist den Ministerpräsidenten, ob er in all dieser Pracht und Herrlichkeit etwas vermisse. Der Ministerpräsident stutzte kurz und sagte dann: „Es ist alles wunderbar, nur: Wenn man hier ankommt, merkt man doch gar nicht, dass man in München ist. Es könnte sich genauso um den neuen Flughafen in Paris oder in Melbourne handeln. Woran soll man denn hier erkennen, dass man in München gelandet ist?“ Ein Kollege schlug ihm daraufhin vor, man könne doch die nächste Landebahn „in Brezenform“ errichten. Das Gelächter war groß.

Sie schauen mich jetzt mit großen Augen an und fragen, was diese Geschichte denn mit unserem Thema zu tun hat. Warum erzähle ich Ihnen dieses Kuriosum? Wenn man dieser Geschichte nachhört, dann klingt hinter der Lustigkeit der Begebenheit und der vermeintlichen Provinzialität des Politikers etwas sehr Ernsthaftes, Wichtiges, Grundsätzliches. Diese Geschichte führt uns nämlich zu einer Frage, die für einen freiheitlichen, demokratischen Rechts- und Sozialstaat noch viel, viel wichtiger ist als für einen Flughafen: Was ist das Besondere, was ist das Erkennungszeichen, das ganz Unverwechselbare an einem Rechts- und Sozialstaat. Was ist das Kostbare an dem Staat, den das Grundgesetz, das Bundesverfassungsgericht und die Zivilcourage der Bürgerinnen und Bürger geschaffen haben?

Es sind drei Dinge: Erstens ein ausgeprägtes Freiheitsbewusstsein, also ein Stolz auf die Bürgerrechte. Zweitens: Das Bewusstsein von sozialer Gerechtigkeit, also das Grundgefühl, dass es einigermaßen gerecht zugeht in diesem Land. Und drittens: Der Glaube daran, dass man in einer Demokratie

die Zukunft miteinander gestaltet, dass also die deutsche Demokratie keine Eliteveranstaltung ist.

Auf diesen drei Säulen ruht unser System, und alle drei Säulen bröseln und wackeln – aus verschiedenen Gründen. Das heißt: Das Sichere ist nicht mehr sicher, das Sicher-Geglaubte hält nicht mehr. Das irritiert die Menschen, das macht ihnen Unbehagen. Und damit hängt der stabilste politische Trend in Deutschland zusammen: Es ist dies der Trend zum Nichtwählen. Der Trend zum Nichtwählen ist die Schlafkrankheit der Demokratie.

Die „Partei der Nichtwähler", wie man gern sagt, ist die größte Partei in Deutschland. Es gibt Leute, die das als Ausdruck grundsätzlicher Zufriedenheit der Bürger betrachten, als Zeichen einer gereiften, einer in sich ruhenden Demokratie. Wer so denkt, bewertet die Wahlenthaltung als Erholungsschlaf. Die Nichtwähler sind nach dieser Erklärung halt gerade nicht so gut drauf, machen daher Pause. Wer schläft, sündigt nicht, sagt schließlich auch der Volksmund. Es wäre gefährlich, daraus ein Lied zum Lob des Nichtwählers zu komponieren – nach dem merkwürdigen Motto: Je geringer die Wahlbeteiligung, desto zufriedener sind die Bürger. Die griffige Bezeichnung „Partei der Nichtwähler" gaukelt eine Homogenität vor, die es nicht gibt. Das Einzige, was die Nichtwähler verbindet, ist die Tatsache, dass sie nicht wählen. Und viele der Nichtwähler befinden sich nicht im Kurzzeit-, sondern im Langzeitschlaf.

Den typischen Nichtwähler gibt es nicht. Da gibt es die, die nur diesmal nicht gewählt, und die, die schon ewig nicht mehr gewählt haben. Es gibt die aktuell Frustrierten und die generell Desinteressierten. Es gibt die Nichtwähler, für die ihr Verhalten gezielter politischer Protest ist. Dazu mögen knapp die Hälfte der 390.000 Wähler in Hessen zählen, die im Januar 2008 noch für die SPD gestimmt hatten, dies ein Jahr später aber nicht mehr taten. Während 122.000 zu den Grünen, 36.000 zur CDU, 31.000 zur FDP und 8.000 zu den Linken „abwanderten", gingen 192.000 gar nirgendwohin und blieben den Wahllokalen fern.

Gefährlich wird es dann, wenn sich Nichtwähler dauerhaft aus dem demokratischen System verabschieden. Dann leidet die demokratische Legitimation. Dann werden selbst aus stattlichen Prozenten potemkinsche Prozente. Schon jetzt ist es so: Würden die Nichtwähler wie eine Fraktion gerechnet und die Zahl der zu besetzenden Sitze entsprechend sinken, dann wären viele Parlamente nur noch knapp halb so groß. Eine halbierte Volksvertretung ist

eine prekäre Volksvertretung. Und eine Demokratie, zu der immer mehr Menschen auf Distanz gehen, ist keine Demokratie im Erholungsschlaf, sondern eine schlechte Demokratie. Eine gute Demokratie schickt die Menschen nicht in den Schlaf, sondern weckt sie auf. Das Grundgesetz ist nicht als Schlaftablette gemacht worden. Es war ein Stärkungspräparat – und wenn es als solches nicht mehr richtig funktioniert, dann muss man überlegen, woran das liegt.

Man sieht es diesem Grundgesetz nicht an: Es ist vor sechzig Jahren im deutschen Dreck entstanden, in Schutt und Elend. Die Deutschen, für die es gemacht wurde, interessierten sich kaum dafür, sie hatten anderes zu tun: Ihre Freiheit bestand vor allem darin, die Trümmer wegzuräumen, die der Nationalsozialismus in ihnen und um sie herum hinterlassen hatte. Sie hatten Hunger und die Furcht, das Überleben nicht zu schaffen. Die Leute hatten, wie es in Erich Kästners Lied trotzig hieß, „den Kopf noch auf dem Hals", aber sie hatten genug von Politik. Die Fachleute und Politiker, die am Grundgesetz arbeiteten, wurden für „Kollaborateure der Demokratie" gehalten. Und dies Wort hatte keinen besonders guten Klang. Demokratie galt als ein von den Siegermächten eingeführtes Fremdwort, buchstabiert von den Amerikanern, und die neue Verfassung als sinnlose Strafarbeit.

Die Verfassungsarbeiter sahen das ganz anders, für sie war das Werk ein Scheck auf eine bessere deutsche Zukunft; aber auch sie hatten, wie alle damals, Angst vor der Zementierung der deutschen Teilung und, vor allem, vor einem neuen Krieg: Die Sowjets hatten Berlin abgeriegelt, und diese Blockade, fast ein Jahr sollte sie dauern, galt, drei Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, als Fanal für den dritten. Unter miserableren Voraussetzungen ist noch keine Verfassung geschrieben worden. Die dreißig Fachleute, die damals aus den zerbombten deutschen Städten der Westzonen zum Verfassungskonvent in die Idylle der Insel Herrenchiemsee kamen, haben sich an Martin Luther gehalten: Sie haben befürchtet, dass die Welt untergeht – und trotzdem das Bäumchen gepflanzt. Es war der Freiheitsbaum, den schon die ersten deutschen Demokraten wachsen lassen wollten, als sie 1832 das Hambacher Fest organisierten.

Die Pflanzaktion von 1949 war die erfolgreichste Pflanzaktion der deutschen Geschichte: Sorgsam wurden die Wurzeln gebettet: Glaubensfreiheit, Gewissensfreiheit, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Koalitionsfreiheit, Berufsfreiheit – Freiheit war das Zauberwort nach den Jahren der

Unfreiheit, die Freiheiten waren Garantie und Verheißung. Wenn nun das Jubiläum des Grundgesetzes gefeiert wird, wird man stolz diesen Baum besichtigen, der ein deutscher Stammbaum geworden ist; man wird seine Früchte preisen; und es wird, sehr zu Recht, vom „Grundgesetz-Wunder“ geredet werden.

1. Grundgesetzwunder und Grundgesetzwunden: Vom Bröckeln der Bürgerrechte

Das Wort „Wunder“ und das Wort „Wunden“ liegen nah beieinander: Dem Wunder sind auch Wunden geschlagen worden in den vergangenen sechzig Jahren, und vom Stolz der Mütter und Väter des Grundgesetzes auf die Freiheitsrechte ist immer weniger zu spüren – seitdem ein ungeschriebenes „Grundrecht auf Sicherheit“ zum Supergrundrecht der Politik aufgestiegen ist. Es ist so: Das Bundesverfassungsgericht kümmert sich um die Grund- und Freiheitsrechte, Legislative und Exekutive kümmern sich vor allem um die Einschränkung.

Wer heute sagt, die Welt sei so gefährlich, der Terrorismus so bedrohlich geworden – man müsse deshalb die Freiheiten des Grundgesetzes einschränken, wer wirklich so denkt, der muss sich vergegenwärtigen, in welcher Zeit, in welcher Drangsal und angesichts wie großer Gefahren dieses Grundgesetz vor 60 Jahren entstanden ist: Hunderttausende displaced persons zogen damals durch die Städte, eineinhalb Millionen Flüchtlinge lagerten allein im kleinen Schleswig-Holstein; aber über ein Grundrecht auf Asyl wurde nicht lang debattiert, es war selbstverständlich angesichts der bitteren Erfahrungen, die man selbst mit Verfolgung und Abweisung erfahren hatte. Die Mordrate war in den unsicheren Nachkriegsjahren auf bis dahin ungekannte Höhen gestiegen; die Abschaffung der Todesstrafe wurde trotzdem ins Grundgesetz geschrieben. Die neue Kriegsgefahr, die Gefahr von Spionageakten und von Anschlägen war mit Händen zu greifen; doch über das Verbot der Folter wurde keine Sekunde gestritten; man wusste, was passiert, wenn Demütigung zum Instrument staatlichen Handelns wird. Es saßen viele zuvor politisch Verfolgte in den Gremien, die das Grundgesetz vorbereiteten. Nie mehr später in einem deutschen Parlament war ihr Anteil so hoch.

In unsicherster Zeit also wurden Grundrechte geschaffen. Später, im sichersten Deutschland, das es je gab, wurden sie revidiert: Erst das Grundrecht auf Asyl, weil das „Boot” angeblich voll war; dann das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, weil man angeblich sonst der organisierten Kriminalität nicht Herr werden konnte; heute ist es der islamistische Terror, dessen Bekämpfung Grundrechte angeblich im Wege stehen. Die Kirschen der Freiheit werden madig gemacht.

Der Staat und viele seiner Organe, der Staat und ein Teil seiner Gewalten haben den Stolz auf die Grund- und Freiheitsrechte verloren – und an deren Stelle das Vorurteil gesetzt, man müsse diese, um mehr Sicherheit willen, kleiner machen. Und so kommt es, dass das grundrechtliche Fundament unseres Gemeinwesens, dass das Sichergeglaubte nicht mehr sicher ist. Ein solcher Befund gilt neuerdings als Alarmismus. Wer nichts zu verbergen hat, habe nichts zu befürchten, heißt es. Wer nichts angestellt hat, müsse vor schärferen Kontrollen keine Angst haben. Solche Sätze sind die Stricke, an denen immer neue Sicherheitsgesetze wie trojanische Pferde in den freiheitlichen Rechtsstaat hineingezogen werden.

Im fürsorglichen Präventionsstaat sind die Grenzen zwischen Unschuldigen und Schuldigen, zwischen Verdächtigen und Unverdächtigen aufgehoben. Bisher hat das Recht hier sehr genau unterschieden. Nun aber gilt jeder Einzelne zunächst einmal als Risikofaktor, jeder Einzelne muss es sich daher gefallen lassen, dass er, ohne einen konkreten Anlass dafür geliefert zu haben, „zur Sicherheit“ überwacht wird. Das bedeutet: Alle Telekommunikationsdaten (wer hat mit wem wie lange mobil oder per Festnetz telefoniert) und alle Internetdaten (wer hat mit wem wann E-Mails ausgetauscht, und wer hat wann welche Internetseiten aufgerufen) werden „auf Vorrat“ gespeichert – es könnte ja sein, dass man diese Daten noch zu Ermittlungszwecken braucht. Wenn sich dann ergibt, dass der so Beobachtete, Registrierte, Belauschte und Geprüfte nicht gefährlich ist, wird er wieder zum Bürger. Jeder Einzelne gilt als potentiell verdächtig – so lange, bis sich durch die Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen seine Entlastung ergibt. Bisher war das umgekehrt: Wer keinen Anlass für staatliches Eingreifen gegeben hatte, wurde in Ruhe gelassen. Jeder konnte also durch sein eigenes Verhalten den Staat auf Distanz halten. Man nannte das Rechtsstaat.

Die Bürger lassen sich den Umbau des Rechtsstaats in den Präventionsstaat bis anhin gefallen, weil sie das Gros der Freiheitsbeschränkungen nicht spüren – die meisten der neuen Maßnahmen finden heimlich statt. Es wächst aber ein neues Bewusstsein für die Privatheit; in Deutschland ist der Widerstand gegen die Vorratsdatenspeicherung und vor allem gegen ein Gesetz

zur heimlichen Durchsuchung von privaten Computern massiv: Viele Leute haben das unbehagliche und bedrohliche Gefühl, der Staat wolle ihnen ins Hirn schauen. Der Computer, die Festplatte, ist ja in der Tat so etwas wie ein ausgelagertes Gehirn.

Der freiheitliche Rechtsstaat ist in Gefahr, aber es wächst das Rettende auch. Siebzigtausend Bürgerinnen und Bürger haben sich in Deutschland als Befürworter einer Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung registrieren lassen, fünfundzwanzigtausend haben eine Prozessvollmacht unterschrieben. Einen solchen Ansturm hat das höchste deutsche Gericht noch nicht erlebt. Nun ist Quantität noch kein Indiz für Qualität. Aber das massenhafte Aufbegehren steht für ein neues Phänomen: Es gibt eine neue Sensibilität dafür, dass der Datenschutz nicht nur Daten schützt, sondern die Personalität und die Intimität.

Die Sätze aus dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 gewinnen wieder Glanz: Das Grundgesetz, so steht es da, schütze den einzelnen Bürger „gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner Daten“. Dieses Volkszählungsurteil lässt sich in einem Wort zusammenfassen: Der Staat darf zählen, aber nicht schnüffeln. Die Richter wandten sich gegen eine Gesellschaftsordnung, „in der die Bürger nicht

mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß“. Sie sollen nicht befürchten müssen, so heißt es weiter, dass „abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet und weitergegeben werden dürfen“. Jahrzehntelang galten diese Sätze nicht mehr viel. Jetzt aber entsteht ein neues Grundrechtsbewusstsein: Der Widerstand gegen den politischen Verzehr der Bürgerrechte und den staatlichen Raub der Privatheit nimmt zu. Das ist die schönste Beobachtung, die man zum Grundgesetz-Jubiläum machen darf.

Bürger brauchen Rechte, Bürger wollen Rechte. Rechte sind nicht die Krümel, die vom Tisch der Sicherheitspolitik fallen. Bürgerrechte sind keine Gnadenrechte.

2. Der Sozialstaat als der große Ermöglicher: Vom Bröckeln der sozialen Gerechtigkeit

Ich habe von der Gefährdung der Freiheitsrechte geredet. Jetzt rede ich von der Gefährdung der sozialen Sicherheit. Die Bürgerrechte sind gefährdet, wenn immer mehr Bürger immer weniger Bürger sein können, weil sie auf der sozialen Rutschbahn nach unten rutschen. Demokratie braucht Bürger – das sind Menschen, die nicht Existenzangst haben müssen. Deutschland ist kein armes Land, aber es gibt immer mehr Armut in Deutschland. Es ist dies aber eine ganz andere Armut als im 19. Jahrhundert: Es gibt keine arme Klasse, kein Proletariat mehr, das sich kämpferisch zusammenschließen könnte. Die Armen von heute verbindet zwar der soziale Status, aber nicht das Milieu. Den Armen von heute fehlt das Sprachrohr, das einst für die Arbeiterklasse die Gewerkschaft war; ihnen fehlen der Stolz, das Selbstbewusstsein, das Zusammengehörigkeitsgefühl; jeder ist für sich allein – relativ arm dran.

Armut heute hat viele Gesichter: Da ist der arbeitslose Akademiker; da ist der Gelegenheitsarbeiter oder der wegrationalisierte Facharbeiter oder die alleinerziehende Mutter, die den Sprung ins Berufsleben nicht mehr schafft; da sind die schon immer zu kurz Gekommenen am Rand der Gesellschaft; da ist der Diplomingenieur, dem bescheinigt wurde, zu alt zu sein und der nun als Langzeitarbeitsloser auf die Armutsgrenze zurückgefallen ist; da ist die Supermarkt-Kassiererin auf Stundenbasis; da der überflüssig gewordene Bankangestellte, der sein Haus verloren hat und nun vom Arbeitslosengeld II lebt; da sind die zweihunderttausend geduldeten Ausländer, die nicht arbeiten dürfen und in einem rundum ungesicherten Status leben müssen; da sind

Hunderttausende von Ostdeutschen, die nach der Wende den Weg in die neue Gesellschaft nicht gefunden haben; da sind die Einwandererkinder, die nicht aus ihrem Ghetto herauskommen.

Diese relativ Armen haben wenig gemeinsam. Armut ist, wie gesagt, nicht mehr milieubildend – daher hat sie auch keine positive politische Kraft. Es ist zu befürchten, dass sie auch destruktive Energie entwickelt – weil nämlich Demokratie nicht mehr gut funktionieren kann, wenn ein immer größerer Teil der Gesellschaft nicht mehr dabei mitmacht. Der vormalige Generalbundesanwalt Kay Nehm hat deswegen kurz vor dem Ende seiner Amtszeit vor einem „Auseinanderdriften der Gesellschaft" gewarnt, das den inneren Frieden gefährden könnte. So ist es: Es gibt eine Rutsche in die Armut, genannt Hartz IV, und es gibt eine gewaltige Angst davor, dass man sich auf einmal selbst darauf befinden könnte.

Ein Sozialstaat ist ein Staat, der gesellschaftliche Risiken, für die der Einzelne nicht verantwortlich ist, nicht bei diesem ablädt. Er verteilt, weil es nicht immer Manna regnet, auch Belastungen. Aber dabei gilt, dass der, der schon belastet ist, nicht auch noch das Gros der Belastungen tragen kann. Ein Sozialstaat gibt nicht dem, der schon hat; und er nimmt nicht dem, der ohnehin wenig hat. Er schafft es, dass die Menschen trotz Unterschieden in Rang, Talenten und Geldbeutel sich auf gleicher Augenhöhe begegnen. Der Sozialstaat ist der große Ermöglicher. Im Lichte der Wirtschaftskrise muss man feststellen: Der Staat hat viel Falsches ermöglicht.

Der deutsche Schirm zur Rettung von Banken und Wirtschaft ist Milliarden groß, aber die Größe allein bringt es nicht. Jeder weiß, was ein guter Schirm braucht, der bei schwerem Wetter funktionieren soll: Er braucht einen festen Stock, an dem man ihn gut halten kann, und er braucht Speichen, die ihm Stabilität geben; je mehr solcher Streben er hat, umso wetterfester ist er. Ein Schirm von der ungeheuren Größe, wie ihn das Finanzmarkt-Stabilisierungsgesetz geschaffen hat, mag von der Kanzlerin mit aller Kraft noch aufgespannt werden können; wenn sie ihn allein festhalten will, wird es ihr ergehen wie dem fliegenden Robert im Struwwelpeter: Er rennt mit dem Schirm ins Ungewitter hinein und schon passiert es: „Seht! Den Schirm erfasst der Wind, und der Robert fliegt geschwind, durch die Luft so hoch, so weit; niemand hört ihn, wenn er schreit."

Dann fliegt der Schirm mitsamt dem Robert durch die Wolken, und die Geschichte endet mit dem bitteren Satz: „Wo der Wind sie hingetragen, ja das weiß kein Mensch zu sagen." Den Regierungen der westlichen Staaten und ihren Wirtschaftssystemen wird es allesamt so ergehen, wenn sie glauben, sie könnten den Schirm ganz allein halten. Sie brauchen dazu die Gesellschaften ihrer Länder, und sie brauchen das Vertrauen ihrer Bürger, weil erst dieses Vertrauen dem Schirm die Speichen einzieht.

Mit der gewaltigen Finanzkrise geht eine ebenso große Vertrauenskrise einher, sie betrifft die Glaubwürdigkeit des wirtschaftlichen Systems und die Handlungsfähigkeit des demokratischen Staats. Ohne dieses Vertrauen bleibt der Schutzschirm instabil; er flattert, reißt alles mit oder geht kaputt. Wie sehr das Vertrauen geschädigt ist, kann man in jeder Diskussion zu fast jedem Thema hören: Ob es um die verschimmelten Wände im Klo des Kindergartens geht oder darum, dass Lehrer fehlen und Unterrichtsstunden ausfallen – immer und überall gab es wilden Beifall, wenn einer dann nur „500 Milliarden" sagt: „500 Milliarden für Banken, aber nur 211 Euro Sozialgeld pro Monat für Kinder von Langzeitarbeitslosen." Zu Recht wurde durch das Konjunkturpaket II der Regelsatz für Kinder von Hartz-IV-Empfängern um 35 Euro erhöht – wenn auch zu wenig.

Ein Konjunkturpaket darf nicht einfach ein Konjunkturpaket sein, es muss zugleich Vertrauenspakt sein. Es gibt frisch zerstörtes Vertrauen: Bei den Mittelständlern und den Bürgern der Mittelschicht, bei den Menschen also, die sich an den Satz gehalten haben, dass sich „Leistung lohnt", die daher Rücklagen geschaffen haben; sie fühlen sich jetzt betrogen von den Banken und sie fühlen sich geprellt von einem Staat, der zugelassen hat, dass mit ihren Einlagen Schindluder getrieben wurde. Es gibt auch längst zerstörtes Vertrauen: bei Hartz-IV-Empfängern, bei Menschen am Rand der Gesellschaft, die sich aus dem System schon ausgeklinkt haben. Sie haben in der Finanzkrise nichts zu verlieren, weil sie nichts haben. Bei diesen Menschen ist mit dem Milliarden-Paket das Misstrauen gegenüber dem Staat noch gewachsen. Es gilt ihnen als Symbol praktizierter Ungerechtigkeit.

Derzeit äußert sich das Misstrauen vornehmlich in Umfragen; man darf nicht warten, bis es aggressiv wird. Die Zustimmung zur Demokratie war seit den fünfziger Jahren nicht mehr so niedrig wie heute. Das muss nicht verwundern: Die Zufriedenheit mit ihr ist in West-Deutschland vor vierzig Jahren mit dem Wirtschaftswunder gewachsen; in Ost-Deutschland war sie der Magnet für die deutsche Einheit. Mittlerweile glauben im Osten viele, dass ihnen einst die DDR-Machthaber über das Wesen des Kapitalismus so viel Falsches nicht

erzählt haben. Ein destruktiver Kapitalismus hat destruktive Auswirkungen auf die Demokratie.

Die Rehabilitierung der Kultur des Sozialstaates muss sich deshalb auch in den Konjunkturpaketen und Konjunkturprogrammen zeigen. Es muss sich um Bausteine des Vertrauens handeln.

3. Gemeinsame Gestaltung der Zukunft: Vom Bröckeln der Demokratie

Ich habe heute bisher von zwei Säulen geredet. Erstens vom Stolz auf die Bürger- und die Freiheitsrechte. Zweitens von der sozialen Gerechtigkeit. Lassen Sie mich nun von der dritten Säule reden: Demokratie als große Gemeinschaftsveranstaltung.

Vergleicht man das Bild des Staates von heute mit dem Bild, das er vor drei Jahrzehnten geboten hat, so stellt man fest: Im deutschen Staat hat etwas stattgefunden, was man damals im deutschen Wald befürchtet hat. Das Staatssterben ist weiter vorangeschritten als das Waldsterben. Während aber von einem Waldsterben stets heftig gewarnt worden ist, wurde das Staatssterben allenthalben begrüßt, ja als Wahlkampfbotschaft erfolgreich verkündet: Sterbehilfe-Programme waren vor allem die Privatisierungsprogramme. Sie hießen „Weniger Staat", „Schlanker Staat", „Deregulierter Staat"; manchmal hießen sie auch „Gestalten statt besitzen".

Dies alles stieß auf wenig Kritik. Die Staatsvergottung von einst ist der Staatsverspottung gewichten: Erst waren es die Achtundsechziger, die den Staat beschimpft, dann die Neoliberalen, die ihn in die Ecke gestellt und verlangt haben, er müsse sich auf weniger Funktionen beschränken, auf den Schutz gegen Gewalt vor allem; die Gerechtigkeit aber solle der Staat dem Markt überlassen. Erst jüngst, eigentlich erst seit der großen Wirtschaftskrise, wächst der Widerstand gegen weitere Entstaatlichung – das grenzenlose Vertrauen in die Wirtschaft ist in fast grenzenloses Misstrauen umgeschlagen.

Es ist in Deutschland noch niemand auf die Idee gekommen, die Polizei zu privatisieren. Es gibt zwar in Hessen ein teilprivatisiertes Gefängnis, und da und dort ist die Verkehrsüberwachung (mit eher schlechten Erfahrungen) an private Sicherheitsdienste übertragen worden. Aber der Kern der inneren Sicherheit stand nie zum Verkauf, weil der Schutz vor Gewalt und Diebstahl zu den Funktionen gehört, die auch glühende Neoliberale dem Staat zuweisen. Nun zeigt sich aber, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger unter innerer Sicherheit und einem starken Staat mehr vorstellen, als dies Politiker in jüngerer Zeit getan haben: Zur Grundsicherung zählt der Bürger nicht nur die Polizei, sondern auch andere Dinge, die jeder braucht: das Trinkwasser oder die Energie zum Beispiel. Der bürgerliche Widerstand gegen den Rückzug der Kommunen aus den Unternehmen der Daseinsvorsorge wird deshalb massiver. Vor einem guten Jahr ist in Leipzig der Verkauf der Leipziger Stadtwerke an den französischen Konzern Gaz de France am Bürgerentscheid gescheitert.

Viele Menschen haben ein unbehagliches Gefühl, wenn der Staat sich von so vielen Tätigkeiten zurückzieht, die bis dahin als ureigene staatliche Aufgaben gegolten hatten, wenn er also Private machen lässt, was früher des Staates war. Krankenhäuser, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Verkehrsvertriebe wurden mehr und mehr und voll und ganz auf Privatunternehmen übertragen. Das klappt zuweilen ganz ordentlich, oftmals aber steigen danach die Preise. Solcher Erfahrungen wegen ist die Privatisierungseuphorie gebrochen; es gibt eine Lust auf Re-Kommunalisierung.

Diese Vorsicht ist erstens vernünftig und zweitens demokratisch. Die Kommune ist die Schule der Demokratie: Wenn der Bürger dort nur noch lernen kann, dass die Politik auf die Versorgung mit öffentlichen Gütern keinerlei Einfluss mehr hat, dann wächst die Verdrossenheit am Staat. Privatisierung kann gut sein, sie darf aber nicht auf den Ausverkauf staatlicher Gestaltungsmacht hinauslaufen; das wäre auch ein Ausverkauf demokratischer Mitbestimmung. Wenn der Staat seine Aufgaben abwirft wie der Baum die Blätter im Herbst, wenn sich der Staat immer kleiner macht, dann wird auch der Bereich, den Wähler mitbestimmen können, immer kleiner. Zu viel Entstaatlichung wird also zur Gefahr für die Demokratie. In dem Maß, in dem kommunale Versorgungsbetriebe entkommunalisiert werden, verliert die Kommune die Funktion, die sie hatte: Sie ist nicht mehr Schule der Demokratie; sie ist nur noch Zwergschule.

4. Der Glaube an die Menschen: Warum wir mehr Demokratie brauchen

Jetzt denken Sie sich, nicht ganz zu Unrecht, wo bleibt denn, Prantl, verdammt noch mal das Positive – sollen wir zum 60. Jubiläum des Grundgesetzes und unserer Bundesrepublik schwarze Fahnen aufziehen? Wo bleibt das Positive? Was ist positiv?

Das Positivste ist für mich, dass Carlo Schmid Recht behalten hat. Carlo Schmid, der Vater des Grundgesetzes, hat Recht behalten über Konrad

Adenauer, den Großvater der Bundesrepublik. Adenauer hat damals, vor sechzig Jahren, das erste Gespräch mit Carlo Schmid wie folgt beschlossen: „Was uns beide unterscheidet, ist nicht nur das Alter, es ist auch noch etwas anderes: Sie glauben an den Menschen, ich glaube nicht an ihn und habe nie an den Menschen geglaubt." Noch nach Jahren hat Adenauer ihn bei Empfängen in eine Ecke gezogen und gefragt: „Glauben Sie immer noch an den Menschen?"

Carlo Schmid tat es. Und die Geschichte der Republik zeigt, dass er recht damit hatte. Das Misstrauen gegen das Volk, das sich auch im Grundgesetz spiegelt, weil es dem Plebiszit keinen Millimeter Raum gibt, ist unberechtigt geworden. Die Deutschen haben eine lange Zeit der Bewährung ziemlich gut bestanden. Das ökologische Bewusstsein hat sich in Deutschland nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben entwickelt. Und im Osten haben die Menschen ein diktatorisches Regime gestürzt. Und diese Menschen sollen nicht reif sein, sich hin und wieder in einer Volksabstimmung zu äußern?

Alle deutschen Bundesländer kennen Plebiszite, sie funktionieren dort hervorragend. Was auf Länderebene gut ist, kann auf Bundesebene nicht des Teufels sein. Es geht ja nicht um Abstimmungsorgien, sondern um eine Ergänzung des repräsentativen Prinzips, um seine Anreicherung mit neuen Elementen. 1949 hatte man keinen Anlass zu fragen, ob die strenge Rationierung der Mitwirkungsrechte der Bürger ein Dauerzustand bleiben könne. Das Grundgesetz war ja als vorläufige Ordnung gedacht. Und als sich herausstellte, dass aus der vorläufigen eine feste Ordnung geworden war und nach der Wiedervereinigung eine Verfassungsreform auf der Tagesordnung stand, da hatte sich die Politik an die Bequemlichkeiten des streng repräsentativen Systems so gewöhnt, dass die Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung nicht zustande kam. Wer eine lebendige Demokratie will, darf aber an alten Bequemlichkeiten nicht festhalten. Halten wir es mit Carlo Schmid – glauben wir an den Menschen.

Eine der schönsten Definitionen für Demokratie lautet so: Demokratie ist eine Gemeinschaft, die ihre Zukunft miteinander gestaltet. Zu dieser Gemeinschaft gehören die Alt- und die Neubürger, die Armen und die Reichen, die sozial Schwachen und die sozial Starken: So sieht die Bürgergesellschaft aus. Zukunft miteinander gestalten? Im Grundgesetz findet man leider wenig darüber, wie das geht. Man liest dort viel über das Wählen, die Parteien, die

Regierung, das Parlament und die Gesetzgebung – aber nichts über die Selbstorganisation der Bürger, nichts darüber, ob oder wie der Staat die Projekte unterstützen kann oder soll oder muss, welche die Bürger selber auf die Beine stellen. Der Staat tut so, als müsse er alles selber machen. Müsste er das wirklich, stünde es um das Gemeinwesen und um seine Finanzen noch schlechter als ohnehin.

Es gibt Tausende, Zehntausende von sozialen und gesellschaftspolitischen Initiativen, Projekten und Vereinen im Land, die dort anpacken, wo es der Staat nicht oder nicht mehr tut, die etwas leisten, was der Staat nicht oder nicht so gut kann. Sie kümmern sich – viel persönlicher als dies die beste staatliche Jobagentur kann: Um Ausbildungsplätze für Jugendliche oder um die Förderung von ausländischen Kindern. Sie begleiten ausländische Eltern zur Klassenversammlung, und sie geleiten die Opfer rechtsextremer Gewalt zur Polizei. Es gibt die schönen Initiativen, die unter den Mantel kriechen, den die Politik über die neuen Armen dieser Gesellschaft breitet. Es gibt die vielen Projekte, die sich um die bemühen, die durch die immer weiteren Maschen des sozialen Netzes gefallen sind. Es fallen immer noch zu viele Neubürger, also die Zugewanderten und ihre Familien, durch das Netz der Integration.

Wer die Projekte deutscher Stiftungen und Bürgervereine studiert, der entdeckt einen Reichtum an Ideen und Engagement, der die viel zitierten Nachtgedanken Heinrich Heines vertreibt. Nein, man ist nicht um den Schlaf gebracht, wenn man in der Nacht an Deutschland denkt. Bürgerschaftliches Engagement ist zwar kein Ersatz für den Sozialstaat, aber sehr wohl eine Ergänzung. Die Gesellschaft braucht „Kümmerer", um in den Milieus selbst Kräfte zu mobilisieren; die Gesellschaft braucht Stiftungen, die dieses Kümmern organisieren und begleiten. Es gibt viele dieser Kümmerer – aber der Staat beachtet, achtet und fördert sie zu wenig.

Beim Wort „Zivilgesellschaft" kriegen viele Politiker einen barmherzig-gütigen Gesichtsausdruck; beim Wort „Attac" friert ihnen dann die gute Miene wieder ein. Attac, die Bewegung der Globalisierungskritiker, gehört zum ungezähmten Segment der Zivilgesellschaft, ist also noch nicht als Bürgerstiftung organisiert. Kritisches Engagement braucht aber nun einmal Anführer, Anreger und Aufreger. Die Zivilgesellschaft hat ein breites Spektrum – noch viel breiter, als es die Volksparteien in ihren breitesten Zeiten hatten. Zivilgesellschaft reicht von Attac bis zur Milliardärsstiftung; zu ihr gehören auch die Demonstranten im Wendland, die Bürgerinitiativen von Gorleben.

Die Bürgerinitiativen von Gorleben: Da haben Menschen das getan, was Politiker so gern von ihnen fordern: Sie haben sich hineingearbeitet in eine komplizierte Materie, sie haben sich organisiert, sie haben zusammengefunden und zusammengehalten, ihre Freizeit geopfert. Bauern, Lehrer, Hausfrauen haben da miteinander gearbeitet. Kinder sind groß geworden in diesem Widerstand, sind selber Eltern geworden – seit 30 Jahren hält dieser Widerstand das Wendland jetzt zusammen. Diese Bürgerinitiativen haben es der Atomwirtschaft und der Politik nicht erlaubt, die ungelösten Probleme der Entsorgung des Atommülls vom Tisch zu wischen. Sie haben dafür gesorgt, dass das Bewusstsein dafür wach bleibt, was der Castor ist: die rollende Ratlosigkeit. 30 Jahre meist friedlicher Widerstand: Da darf man auch einmal Danke sagen. So ein Danke könnte unter anderem darin bestehen, den irrationalen antiplebiszitären Pessimismus abzulegen, der in den großen Parteien immer noch umgeht.

Die Föderalismusreform I hat sich nach Kräften bemüht, die Aufgaben neu zu ordnen und zu regeln, die im Grundgesetz „Gemeinschaftsaufgaben" genannt werden; da geht es um das Mitwirken des Bundes „bei der Erfüllung der Aufgaben der Länder". Der Grundgesetzartikel hat zu der Vermischung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern, also zu dem demokratiewidrigen Zustand beigetragen, dass der Wähler nicht mehr weiß, wen er wofür verantwortlich machen soll. Zu Recht stand dieser Artikel auf der schwarzen Liste der Föderalismuskommission. Man hätte den alten Titel „Gemeinschaftsaufgaben" im Grundgesetz nicht einfach zusammenstreichen sollen – man hätte ihn umwidmen, man hätte diesen Titel neu nutzen sollen, um der Zivilgesellschaft Raum im Grundgesetz zu geben.

„Gemeinschaftsaufgaben" – das im Staatsorganisationsrecht übel beleumundete Wort hätte also eine ganz neue, eine wunderbare Bedeutung kriegen können. Gemeinschaftsaufgabe in einem neu verstandenen Sinn könnte doch künftig heißen: Der Staat fördert das Wurzelwerk bürgerlichen Engagements – und legt einen verlässlichen Anteil des Budgets dafür fest.

Ein solcher neuer Artikel wäre ein Wegweiser durch das 21. Jahrhundert, weil er auch verfassungsrechtlich deutlich machte: Die Zivilgesellschaft schafft Werte, ohne die eine postindustrielle Gesellschaft nicht existieren kann. Dieser neue Verfassungsartikel wäre der zweite Teil des Projekts „Mehr Demokratie wagen", das einst Kanzler Willy Brandt begonnen hat. Demokratie, Sozialstaat, Rechtsstaat, Gemeinwohl – das sind Gemeinschaftsaufgaben einer Gesellschaft, Gemeinschaftsaufgaben von Staat und Zivilgesellschaft.

Was wünsche ich also dem Grundgesetz zum Jubiläum? Mehr Demokratie natürlich, ich wünsche unserer Demokratie ein Plebiszit als Medizin – zum Beispiel bei Verfassungsänderungen. Die Politik soll sich die Verfassung nicht nach momentanen politischen Bedürfnissen zuschneidern dürfen. Der Rekurs an den Souverän, das Volk, hebt die Verfassungsänderung aus dem politischen Routinebetrieb. Ja, ich wünsche mir mehr Demokratie. Und dann wünsche ich mir, dass die schädlichen Grundgesetzänderungen rückgängig gemacht werden, mit denen das Asylgrundrecht in Artikel 16 und die Unverletzlichkeit der Wohnung in Artikel 13 kastriert worden sind; es waren dies Grundgesetzänderungen wider den Geist der Verfassung.

Und noch etwas – das sage ich aber eher leise und selbstkritisch: Vielleicht wäre es das richtige Präsent, dem Land eine Ent-Hysterisierungsbehandlung zu schenken, sagen wir, zum Ausprobieren, erst einmal für zehn Wochen. In dieser Zeit müssten dann Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen und Online auf den Kikeriki-Journalismus verzichten und die Politiker auf Kikeriki-Politik. Alles Aufgeblasene, alle Wichtigtuereien, alle maßlosen Zuspitzungen und Hypertrophien würden für zehn Wochen ausfallen. Das wäre so eine Art freiwillige Selbstbeschränkung. Dann würde sich nicht jeden zweiten Tag ein Streit in der Koalition oder sonst wo „zuspitzen", dann entfiele auch die Wiederholung des immer Gleichen und ebenso die Produktion von Nachrichten, wenn es gar keine gibt. Dann müssten auch Politiker nichts sagen, wenn sie gerade nichts zu sagen haben.

Dann ginge vielleicht ein Ruck der Erkenntnis durchs Land – der Erkenntnis, dass die Probleme sich ohne Kikeriki besser lösen lassen.

Was wünschen wir dem Grundgesetz zum Jubiläum? Wir wünschen ihm neue Kraft – und uns die Kraft, sie dem Grundgesetz zu geben.

PODIUMSDISKUSSION

Anke Plättner:
Herzlichen Dank, Herr Prantl, für Ihre Worte, die uns jede Menge Stoff für diese Diskussion geliefert haben.

Anke Plättner

In diesem Willy-Brandt-Gespräch geht es um Zustand und Zukunft unserer Demokratie im Jahr der Jubiläen. 2009 ist zugleich ein Superwahljahr mit der Europawahl am 7. Juni und der Bundestagswahl am 27. September. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl lag bei 43 %, die Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl betrug 77 %. Aber was sagt die Anzahl der Bürger, die wählen gehen, wirklich über den Zustand der Demokratie aus?

Herr Prantl hat es eben angesprochen: Viele Bürger engagieren sich in Stiftungen und Vereinen, kaum eine Schule oder Kindergarten würde funktionieren, wenn die Eltern nicht selbst hin und wieder die Räume neu anstreichen würden oder sich anders einsetzen.

Ähnliches gilt auch für Kirchengemeinden, die ohne ehrenamtliches Engagement nicht funktionieren würden. Auch das ist gelebte Demokratie. Jammern wir also auf hohem Niveau?

Empirisch wird uns Herr Niedermayer später noch sagen können, wie es um die Demokratie steht. Gibt es da tatsächlich eine Distanz, die überbrückt werden muss und, wenn ja, wie überbrückt man diese? Sollten wir dabei auf neue Instrumente setzen – etwa ein Weblog statt eines Parteibuches? Oder geht es nicht doch um Inhalte und um die Frage: Wie sehr ist ein Bürger Teil des Staates?

Ich denke zurück an die Friedliche Revolution von 1989. Damals riefen die Menschen: „Wir sind das Volk!“ Wolfgang Thierse, fragen Sie sich als Politiker heute manchmal: Wo ist das Volk?

Wolfgang Thierse:
Nein, es ist ja immer noch da. Aber das Volk schaut sorgenvoll und skeptisch auf das, was in Politik und Wirtschaft usw. passiert. Und natürlich weiß ich, dass 1989/90 eine Ausnahme war. Eine Revolution kann man nicht institutionalisieren, zum Alltag machen. Es war ein Aufbruch.

Manchmal bin ich ein bisschen traurig, wie wenig sich von den Hoffnungen, dem Elan und vielleicht auch den Illusionen, die dabei waren – das ist ja nicht immer ganz sauber zu unterscheiden –, in den Alltag der Demokratie übersetzen ließ. Traurig bin ich zudem darüber, dass nur wenige diesen Ernüchterungsprozess ertragen haben, denn der Alltag der Demokratie ist unweigerlich mit der Enttäuschung von Hoffnungen und Erwartungen verbunden.

Aber ich sehe auch, dass es, zumal in Ostdeutschland, bei aller Skepsis gigantische Erwartungen an die Politik und zugleich eine kräftige Verachtung der Politik und der Politiker gibt. Dabei habe ich manchmal den Eindruck, dass allzu viele wieder vergessen, dass sie ein Teil von demokratischer Politik sind oder jedenfalls sein könnten.

Man muss sagen, jedenfalls versuche ich das immer gegenüber meinen eigenen Ossilandsleuten: Es gab nicht auf allen Gebieten der deutschen Vereinigung die gleichen Chancen auf eine gleichberechtigte Teilhabe. Wenn ein gescheitertes und ein erfolgreiches System zusammenkommen, dann sind die Gewichte klar verteilt. Die einen sind die Lehrmeister, die anderen die Lehrlinge. Bei den einen muss sich nichts ändern, bei den anderen alles. Das ist kein Verhältnis von Gleichgewicht und Gleichberechtigung. So war das in der Wirtschaft, in den Medien und auch an den Universitäten. Aber es gab eine Ausnahme, und das war wirklich die Demokratie. Die Ostdeutschen hatten die Chance, ihresgleichen, Leute ihres Vertrauens zu wählen. Und es ist ja auch vielfach passiert. Ich bin selbst ein kleines Beispiel dafür.

Doch allzu viele nehmen das nicht mehr richtig wahr, dass die Demokratie genau die Chance ist für gleichberechtigte Teilhabe. Und das macht mich traurig, zornig und wütend und wer weiß, was noch alles.

Anke Plättner:
Aber was ist da auf der Strecke geblieben? Wenn sie zurückschauen, können Sie sagen, an welchem Punkt die Enttäuschungen so groß geworden sind, dass die Menschen sich zurückgezogen und nicht länger gedacht haben: „Das ist unser Land, wir sind das Volk und dafür möchten wir uns weiter engagieren.“

Wolfgang Thierse:
Erstens wurden ökonomische Erwartungen enttäuscht, die geweckt worden sind und zum Teil auch zu groß waren. Die Enttäuschung der gigantischen Erwartung, dass alles schnell geht und schmerzlos ist. Die berühmten „blühenden Landschaften".

Zweitens: Die Erfahrung der Mühsal der Demokratie und auch der Kälte der Freiheit. Die Erfahrung, dass in den Entscheidungen auch immer Unsicherheit steckt. Demokratie, die demokratische Freiheit ist immer die Entscheidungsfreiheit in einer offenen Situation, wo nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Ich sage das ohne Vorwurf.

Und es kommt noch hinzu – Herr Prantl hat indirekt daran erinnert –, dass es einen fundamentalen Unterschied gibt zwischen der Aneignung der Demokratie in Ostdeutschland seit 1989 bis heute und der Situation im Westen Deutschlands nach 1945. Die Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik ist die Parallelität zweier Vorgänge: Das ist zum einen der wirtschaftliche Aufschwung, genannt Wirtschaftswunder, also die Zunahme von Wohlstand und sozialer Sicherheit, und zum anderen die Annahme von Demokratie. Das ist doch ein wunderbares System, das meinen Wohlstand und die soziale Sicherheit vermehrt. Das erleichtert das Ja zur Demokratie. Dagegen musste und muss das Ja zur Demokratie in Ostdeutschland gesagt werden angesichts von erheblich höherer Arbeitslosigkeit, angesichts von dramatischer Verunsicherung, angesichts von Zukunftsängsten, die in diesem schwierigen Transformationsprozess, der bis heute anhält, produziert worden sind. Das ist ein fundamentaler Unterschied zur Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik. Ich bitte dann immer auch um Verständnis, dass es da schwieriger ist, sich für Demokratie zu begeistern.

Anke Plättner:
Frau Limbach, ich würde Sie gern fragen: „Wir sind das Volk!", das war der Satz vor 20 Jahren. Heute reden wir häufig vom Staat oder von der Gesellschaft. Das sind verschiedene Begriffe und doch sind wir alle ein Teil des Ganzen, für das diese Begriffe stehen. Wenn Bürger aber vom Staat reden, dann tun sie das sehr oft aus einer Distanz heraus: „Das soll doch der Staat machen. Darum kann der Staat sich kümmern." Jedenfalls reden viele Bürger nicht so, als seien sie selbst Teil des Staates. Was denken Sie, woher das kommt?

Jutta Limbach:
Dieses Gefühl ist gewiss bei einem großen Teil der Bevölkerung vorhanden. Ich wage zu behaupten, das ist noch ein Nachhall obrigkeitsstaatlichen Denkens. Vater Staat, das ist so die Idee, die viele haben. Der hat es zu richten und das gestattet mir dann, selbst passiv zu sein und mich jedenfalls für das politische Geschehen nicht verantwortlich zu halten.

Ich kann natürlich aber auch auf diejenigen schauen, die für die Bürger den Staat repräsentieren, also die Politiker im Parlament und in der Regierung und vielleicht noch die Gerichte, und mich fragen: Haben nicht auch die Schuld, dass es so ist? Ich denke, das ist in der Tat so, weil Politiker viel zu wenig das Gespräch suchen, viel zu wenig deutlich machen, wie sie gerade bei großen Gestaltungsaufgaben, wie wir sie gegenwärtig in der Wirtschafts- und Finanzkrise haben, voll von Zweifeln sind, und im Grunde genommen von sich aus auch keinen Weg finden, gesellschaftlichen Rückhalt zu organisieren. Partizipative Demokratie bildet sich nicht, indem man nur einen Adressaten anspricht. Man muss sowohl die politisch Verantwortlichen, vor allem die Parteien, als auch die Bürger ansprechen, wenn man erreichen möchte, dass diese sich – ich würde nicht sagen: als Teil des Staates –, sondern als Republikaner und Republikanerinnen fühlen.

Anke Plättner:
Und das vermissen Sie heutzutage bei Politikern? Welche Form sollten die Politiker für dieses Ansprechen der Bürger wählen? Sollten sie das so machen wie die Bundeskanzlerin am Sonntagabend bei Anne Will? Ist das die richtige Form?

Jutta Limbach:
Ich habe diese Sendung nicht gesehen. Ich kann mir aber nicht recht vorstellen, dass das nun befeuernd in dem Sinne wirkt, wie wir hier heute plebiszitäre Elemente diskutieren. Das ist doch gerade diese Einwegunterhaltung, die die Auffassung festigt, dass es eigentlich Frau Merkel ist, die sich etwas einfallen lassen muss, die politischen Gestaltungswillen und Überzeugungskraft an den Tag zu legen hat. Dass Kräfte geweckt werden müssen, damit sich so etwas wie eine kritische Bürgerloyalität ergibt, das ist da nicht zu spüren. Ich denke, dass das Wohlgefallen an dieser Fernsehsendung andere Dinge misst als die, um die es uns hier geht. Das hat nichts mit Politik zu tun.

Anke Plättner:
Da wir über das Messen reden: 4,1 Millionen Zuschauer haben die Sendung „Anne Will“ gesehen. Interessant ist, dass nur 680.000 aus der Altersgruppe zwischen 14 und 49 Jahren zugeschaut haben. Zum Vergleich: Den „Tatort“ sahen am selben Abend 8,9 Millionen; „Wer wird Millionär“ bei RTL hatte 6,9 Millionen Zuschauer. Ich weiß nicht, ob das etwas über den Zustand unserer Demokratie sagt.

Gerald Häfner

Herr Häfner, ist denn das, was Sie und Ihr Verein wollen, nämlich „Mehr Demokratie“, der Weg, um die Bürger für den Staat, für die Demokratie zu gewinnen? Der Bürger muss aktiver beteiligt werden. Ist das der Kern?

Gerald Häfner:
Ich meine, was Sie und Frau Limbach zuletzt angesprochen haben, die Kommunikation via Fernseher, ist eine sehr einseitige Kommunikation von Politikern mit den Bürgern: Der Politiker spricht und der Bürger schaut zu und nimmt zur Kenntnis. Mein Eindruck ist, dass das einer immer größeren Zahl von Bürgern zu Recht nicht genügt. Und ich glaube, das sollten auch alle Politiker sehr ernst nehmen, denn Demokratie geht nur mit den Bürgern.

Demokratie ist eine Veranstaltung, die Menschen miteinander betreiben, keine Zuschauerveranstaltung. Sie ist die Frage, ein Gemeinwesen so zu organisieren, dass sich jeder darin nicht nur als Objekt, sondern zugleich auch als Subjekt der vom Gemeinwesen getroffenen Entscheidungen empfindet. Das würde ich gerne sehr viel ernster genommen wissen.

Also, die erste Frage an Wolfgang Thierse bezog sich ja auf 1989. Ich habe in dem Ruf „Wir sind das Volk!“ nicht nur die sozusagen negative Seite gehört: „Jetzt endlich Schluss mit Politbüro und den zentralstaatlichen Entscheidungen einer kleinen Kamerilla.“ Ich habe darin auch gehört: „Wir wollen als

Bürger endlich ernst genommen werden.“ Insofern möchte ich hinsichtlich der zweiten Frage, die Sie Herrn Thierse gestellt haben, „Was ist auf der Strecke geblieben?“, eine These aufstellen. Man hätte ernst nehmen müssen, was die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes als Schlussbestimmung festgeschrieben hatten: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung getroffen wird.“ Es ist einzig in der Welt, dass es nicht Verfassung heißt, sondern Grundgesetz. Denn 1949 sagte man, eine Verfassung kann es nur geben, wenn alle Deutschen die Möglichkeit haben, daran mitzuwirken. Es war die klare Absicht: Wenn die Deutschen zusammenkommen, dann gibt es die Verfassung.

Carlo Schmid, der bereits mehrfach zu meiner Freude zitiert wurde und viele substantielle Beiträge zum Grundgesetz geleistet hat, erklärte am 8. Mai 1949 wörtlich im Parlamentarischen Rat in Bonn: „Es ist ein alter und guter Brauch, dass eine Verfassung durch das Volk sanktioniert werden muss. Aber wir wollen ja hier keine Verfassung machen, sondern wir wollen ein Provisorium schaffen und haben nicht umsonst dieses Werk bescheiden ein Grundgesetz genannt. [...] Wir haben hier doch nur einen Schuppen, einen Notbau, und einem Notbau gibt man nicht die Weihe, die dem festen Hause gebührt.“

Ich stimme Wolfgang Thierse zu, West und Ost waren materiell sehr ungleich. Auch die Erfahrungen waren sehr ungleich. Aber der andere Punkt, den Sie angesprochen haben, ist ja: Demokratie ist die Chance zu gleichberechtigter Teilhabe. Bei der Diskussion über die Verfassungen in den neuen Bundesländern war die wichtigste Forderung der Bürger die direkte Demokratie, erst danach kam der Tierschutz. Hätte man also den Mut gehabt, bei der deutschen Einheit endlich mit dem Versprechen des Grundgesetzes, „Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus, sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt“, ernst zu machen und die Menschen abstimmen lassen, ich bin mir sicher: Es enthielte jetzt auch die Elemente einer direkten Demokratie, es gäbe die Möglichkeit zu Volksbegehren und zu Volksentscheiden.

Anke Plättner:
Herr Häfner, Sie würden sagen, wenn das anders gegangen wäre, wenn man miteinander eine neue Verfassung gemacht hätte, gäbe es jetzt weniger Distanz der Bürger zur Politik?

Gerald Häfner:
Dann hätten an der Wiege dieser gemeinsamen Republik die Bürger gestanden und nicht nur ein paar Politiker, die einen Vertrag geschlossen haben. Das wäre ein Unterschied. Und mir geht es ja nicht um etwas Historisches, sondern mir geht es um das reale Erlebnis dabei: „Dies ist unser Land und wir gestalten es."

Anke Plättner:
Aber ist denn das reale Erlebnis, dass die Menschen in der DDR die Diktatur gestürzt haben, nicht höher zu veranschlagen? Könnte man nicht sagen, dieses reale Erlebnis müsste eigentlich reichen als Beweis dafür, dass man als Bürger etwas bewegen kann?

Gerald Häfner:
Ich glaube nicht, dass es immer die Absicht von Bürgern ist, gleich wieder von der Bühne der Geschichte abzutreten. Ich glaube, die große Frage der Demokratie geht darum, wie schaffen wir es, möglichst alle an dem Erlebnis des gemeinsamen Gestaltens des Gemeinwesens zu beteiligen. Herr Prantl hat am Schluss aufgezählt, was es alles an Aktivitäten in der Bevölkerung gibt, die Politiker gar nicht mitkriegen, wie viele tolle Gedanken und Engagement da sind, die aber nicht wirksam werden können, weil die Möglichkeit zur direkten Beteiligung heute noch nicht besteht.

Anke Plättner:
Wir wollen natürlich nicht nur nach 1989 zurückblicken, aber trotzdem würde ich doch gern kurz noch dazu Herrn Thierse hören: Würden Sie sagen, das ist der richtige Punkt, den Herr Häfner da macht?

Wolfgang Thierse:
Ich erlaube es mir nicht, auch rückwärts gewandt Illusionen zu pflegen. Gerade weil ich die Intentionen, mehr Bürgerbeteiligung ins Grundgesetz einzubringen, ja vollständig teile, will ich daran erinnern, dass eine riesige Mehrheit der DDR-Bürger 1990 keinerlei Sinn hatte für eine Verfassungsdebatte, sondern ganz schnell unter das Dach der Bundesrepublik wollte. Das will ich nur sagen, nicht weil mich das begeistert, sondern weil es so war.

Und jetzt erzähle ich noch etwas. In diesen 20 Jahren, die ich in der Politik bin, habe ich ja schon mancherlei persönliche Enttäuschung erlebt. Aber eine von den schlimmeren ist meine Teilnahme an der Verfassungskommission 1992/93. Ich habe mich dort hinein entsenden lassen noch mit dieser Euphorie: Friedliche Revolution, Demokratie der Straße, Basisdemokratie – mehr Bürgerbeteiligung, das müssten wir jetzt in dieses Grundgesetz einbringen und daraus dann eine Verfassung machen. Ich habe das dort verfochten und siehe, es hat mir ein CDU-Politiker widersprochen – ich brauche den Namen nicht nennen, er kam übrigens aus der DDR – und sagte: „Herr Thierse, was wollen Sie denn? Die große Mehrheit der Ostdeutschen wollte in die Bundesrepublik, so wie sie ist, mit der Verfassung, wie sie besteht. Es gibt gar kein Interesse an einer Änderung."

Der SPD-Vorschlag, der bis heute gilt und den wir aufrecht erhalten, weshalb man nicht pauschal von den Parteien reden sollte, fordert mehr Bürgerbeteiligung. Das hat damals keine Mehrheit gefunden und bis heute gibt es dafür keine verfassungsändernde Mehrheit. Ich bin ausdrücklich dafür, dass wir nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zur Parteiendemokratie und damit zur Belebung unserer Demokratie Volksbegehren und Volksentscheide in die Verfassung aufnehmen. Aber ich warne vor übertriebenen Erwartungen.

In den meisten Bundesländern gibt es diese Möglichkeiten schon. Die Beteiligung liegt jedoch nicht höher als bei Wahlen und die Euphorie hinsichtlich der Nutzung dieser Instrumente scheint auch nicht so groß zu sein. Das ist nicht die Lösung des Demokratieproblems in unserem Lande. Aber es ist eine riesige Chance, auch zwischen den Wahlen den Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich zu äußern und die Parlamente ernsthaft mit ihren Anliegen zu befassen.

Anke Plättner:
Darüber reden wir gleich sicherlich etwas ausführlicher. Herr Niedermayer, stimmen Sie als Politikwissenschaftler zu, wenn wir sagen: „Die Demokratie befindet sich in einem schlechten Zustand, weil die Wahlbeteiligung sinkt."? Oder ist der Zustand der Demokratie gar nicht so schlecht, wie wir immer denken? Zu welchen Ergebnissen kommen Ihre Untersuchungen?

Oskar Niedermayer:
Als empirischer Sozialforscher zuckt man immer zusammen, wenn man von der Distanz der Bürger zur Politik hört. Denn es stellen sich eine ganze Reihe

von Fragen, die man zunächst beantworten muss, um überhaupt etwas darüber sagen zu können, wie der Zustand der Demokratie wirklich ist.

Reden wir, wenn wir von Distanz reden von Desinteresse, von Apathie? Reden wir von Unzufriedenheit, von Verdrossenheit, wie es oft gesagt wird? Das ist ein wesentlicher Unterschied. Und wenn Distanz, zu was denn eigentlich? Zur Politik? Was ist denn „die Politik"? Reden wir von der Distanz zu den Politikern, zu den politischen Akteuren? Reden wir vom Verhältnis der Bürger zu den politischen Institutionen, also zu den Parteien, zum Verfassungsgericht usw.? Oder reden wir vom Verhältnis zum Staat insgesamt, zu unserer Demokratie? Und wenn wir Demokratie sagen, was meinen wir denn eigentlich damit? Die Demokratie als Idee? Oder die konkrete Form in der Bundesrepublik oder ihr Funktionieren, also die Verfassungswirklichkeit?

Bei all diesen Kategorien gibt es ganz unterschiedliche Maßstäbe der Bewertung, die allerdings auch unter Demokratietheoretikern umstritten sind. Bei der Wahlbeteiligung würde ich sagen, wenn man ein partizipationsorientiertes Demokratiemodell im Kopf hat, dann erscheint eine Quote von knapp 80% bei Bundestagswahlen vielleicht nicht mehr als ganz so gut. Aber ist deswegen die amerikanische Demokratie eine schlechtere, weil sich dort meist nur 50% an Wahlen beteiligen? Und hat Großbritannien eine schlechtere Demokratie als wir, da die Wahlbeteiligung dort schon immer geringer war als in Deutschland?

Eine andere Demokratietheorie besagt: Demokratie ist in erster Linie Sache der Eliten und die Bürger sollen sich alle vier Jahre einmal äußern, ob sie deren Arbeit gut finden oder nicht. Da zur Demokratie auch die Freiheit gehört, sind die Bürger frei, wählen zu gehen oder auch nicht. Wenn wir diese Meinung vertreten, dann sind 80% Wahlbeteiligung sehr gut.

Wenn wir uns den europäischen Durchschnitt anschauen, dann liegen wir Deutschen im Mittelfeld. Die Frage bleibt: Ist das gut oder schlecht?

Anke Plättner:
Wenn ich das so höre, Herr Niedermayer, dann scheint man es gar nicht beurteilen zu können, weil es immer eine Frage der Perspektive ist. Aber jetzt mal ganz konkret: Wie hat sich das Verständnis von Demokratie und das Engagement der Bürger für die Demokratie in den letzten Jahren in der Bundesrepublik entwickelt?

Oskar Niedermayer:
Wenn wir die drei Ebenen der Demokratie unterscheiden, die ich eben bereits andeutete, dann müssen wir ganz klar sagen: Die Bürger in ihrer weit überwiegenden Mehrheit, und zwar über 90%, finden die Demokratie als Staatsidee gut, befürworten sie, stimmen ihr zu. Das ist ein wichtiges Ergebnis. Wir haben also nur einen sehr kleinen Teil von Antidemokraten.

Die zweite Ebene bezieht sich auf die konkrete Form der Demokratie der Bundesrepublik, wie sie im Grundgesetz verwirklicht wurde und ist. Da geht die Zustimmung zurück. Knapp Dreiviertel aller Deutschen sind mit der Demokratie des Grundgesetzes zufrieden; während sich im Westen der Republik 76% so äußern, sind es in Ostdeutschland allerdings nur 58%.

Wenn es schließlich auf der dritten Ebene um das konkrete Funktionieren geht, um die Verfassungswirklichkeit, um den demokratischen Prozess, über den die Medien täglich berichten, dann sind weniger als die Hälfte aller Bürger mit der Demokratie zufrieden. Also: Je nach dem, welche Ebene wir betrachten, unterscheiden sich die Ansichten der Bürger über die Demokratie doch sehr gravierend.

Anke Plättner:
Herr Prantl hat eben gesagt, das Grundgesetz sei nicht als Schlaftablette, sondern als Stärkungspräparat gemacht worden. Frau Limbach, ist das Grundgesetz die Basis, auf der Demokratie im Jahr 2009 aktiv gestaltet werden kann?

Jutta Limbach:
Gewiss ist das Grundgesetz eine gute Basis. Aber was Heribert Prantl heute zu Recht vermisst, sind Möglichkeiten für die Bevölkerung, in einer bestimmten Verfahrensweise sich in bestimmten Fragen Gehör zu verschaffen und auch eine Antwort der parlamentarischen Gremien herausfordern zu können.

Da teile ich seine Meinung. Als Theodor Heuss und Carlo Schmid und alle im Parlamentarischen Rat darüber nachdachten, ob man auch plebiszitäre Elemente in das Grundgesetz aufnehmen sollte, argumentierten sie alle gerne mit Weimar. Dort habe man schlechte Erfahrungen damit gemacht, wurde

behauptet, obwohl wir alle wissen, dass kein Volksentscheid in der Weimarer Republik überhaupt je erfolgreich lanciert worden ist. Im Grunde genommen hatte man nur in Erinnerung, dass der greise und alles andere als fortschrittsfreundlich gesinnte Reichspräsident Hindenburg durch das Volk gewählt worden war. Das war eigentlich das einzige tragende Argument. Sonst gab es einen großen Zweifel, was die Reife der Bevölkerung betraf, trotz allen Glaubens von Carlo Schmid an die Menschen.

Das war damals vielleicht auch berechtigt. Aber ich bin der Meinung, dass wir jetzt doch den Wandel von einer Untertanen- zu einer Staatsbürgergesellschaft vollzogen haben. Da möchte ich nur schnell einen kleinen Einwand gegen eine verwendete Begrifflichkeit machen: Ich würde nicht sagen, Hartz-IV-Empfänger sind keine Bürger. Ich würde eher sagen: Sie können aus den staatsbürgerlichen Rechten nichts machen. Wer hungrig ist, der kämpft nicht für die Freiheit. Aber ich würde alle Hartz-IV-Empfänger als Bürger bezeichnen wollen. Das ist mir wichtig.

Anke Plättner:
Auf welchen politischen Ebenen sehen Sie z. B. Volksbegehren?

Jutta Limbach:
Ich würde eine Diskussion in Gang setzen und die Fantasie vor allem der Politikwissenschaftler und Soziologen herausfordern, um einen Weg zu finden, vielleicht relativ ähnlich wie ihn der Verfassungsvertrag für die Europäische Union gefunden hat. Wenn sich eine bestimmte Zahl von Bürgern in einer Frage zusammentun, dann muss das Parlament auf das Volksbegehren eine Antwort geben, nicht notwendigerweise genau die Antwort, genau der Vorschlag, der ihm von den Bürgern präsentiert worden ist. Denn ich denke, wir sollten unser repräsentatives oder parlamentarisches System nicht aufgeben. Das heißt, ich würde alles immer wieder in die Bahnen des Parlamentes lenken. Aber ich würde das Parlament in der Vorschrift, die ins Grundgesetz hineinzubringen wäre, dazu zwingen, eine klare Antwort auf die Frage oder die Forderung zu geben, die von den Bürgern gestellt worden ist.

Anke Plättner:
Würde das nicht voraussetzen, dass die Bürger noch viel Vertrauen ins Parlament haben und in die Politik?

Jutta Limbach:
Gewiss würde es das. Vertrauen lässt sich auch neu begründen. Wenn wir diesen Weg gehen und auf diese Art und Weise das Parlament erst mal wieder so richtig mobilisieren und ins Gespräch mit der Bevölkerung bringen, dann ist das ein positiver Prozess.

Anke Plättner:
Da ich gerade schon über Einschaltquoten geredet habe, kann ich nur sagen, dass wir bei Phoenix leider die schlechtesten Quoten haben, wenn wir aus dem Bundestag übertragen. Das aber nur am Rande.

Wolfgang Thierse:
Das ist aber hoffentlich kein ernsthaftes Argument gegen Parlamentarismus.

Jutta Limbach:
Ja, das finde ich auch.

Jutta Limbach

Anke Plättner:
Absolut nicht. Ich sage nur, dass das Interesse geringer ist als bei anderen Sendungen. Ich arbeite bei dem Sender, Herr Thierse. Sie müssen mich nicht überzeugen.

Herr Häfner, Sie waren Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen. Haben Sie das Gefühl, Sie können jetzt, indem Sie sich für Volksbegehren einsetzen, auf eine andere Art der Demokratie mehr dienen? Ist das direkter als das, was Sie damals als Parlamentarier gemacht haben?

Gerald Häfner:
Ich würde es mindestens umgekehrt formulieren. Ich habe nicht das Gefühl, dass ich jetzt nichts mehr bewegen könnte, es ist aber schon schwieriger. Das muss man deutlich sagen.

Im Parlament, das ist ja eine relativ privilegierte Situation. Man entscheidet da jede Woche über alle möglichen Gesetze. Nicht immer – das habe ich sozusagen als Frage bei ihnen mit herausgehört – wird das so betrieben, wie man sich das als Bürger wünschen würde. Das ist klar.

Ich war gerade letzten Freitag wieder mit einer Besuchergruppe im Parlament, einer Gruppe von „Mehr Demokratie“. Wir machen also auch Reisen mit unseren Mitgliedern, und die wollten sich eine Debatte anschauen. Ich will jetzt gar nicht sagen, um welches Gesetz es ging. Die Debatte lief so ab: Da hatte eine Fraktion einen Gesetzentwurf eingebracht. Der Redner dieser Fraktion hatte fünf Minuten, um mit Argumenten, Zahlen usw. vorzustellen, warum das Gesetz sinnvoll sei. Und dann hatten die Redner der anderen Fraktionen 55 Minuten, um zu sagen, warum das alles Quatsch wäre. Das ist das Verfahren.

Man hat sich nun einmal darauf verständigt, z. B. auf den Proporz in der Zeitvergabe. Stattdessen könnte man ja auch sagen: Verschiedene Positionen im Parlament kriegen die gleiche Redezeit. Doch nein, die Redezeit wird nach Fraktionsgröße vergeben.

Dann kann es zur skurrilen Situation kommen, dass der Redner einer großen Fraktion dasteht und man den Eindruck hat, so haben es die Zuschauer erlebt: Der Mann hat den Entwurf gar nicht gelesen. Der redet jetzt einfach was allgemeines daher. Die Besuchergruppe war richtig empört über diese Art des Un-Ernstes im Umgang mit einer zentralen Frage der Gestaltung des Gemeinwesens. Ich selber war es nicht mehr in dem Maße, weil ich das gewohnt bin.

Aber eines treibt mich wirklich um. Auf keinem Gebiet machen wir mehr alles so wie vor 60 Jahren. Überall sind wir uns dessen bewusst: Man muss Dinge reformieren, ändern, besser machen. Und wir haben für alles Politiken, wir haben auch ein Parlament und für alles Ausschüsse. Wir haben für alles Ministerien. Nur eines haben wir nicht: Wir haben keinen Ausschuss, wir haben kein Ministerium, keine Politik für Demokratie. Weil alle meinen, Demokratie hätten wir schon. Und da müsse man nichts mehr tun. Das halte ich für das fatale Missverständnis. Denn die Demokratie ist nicht 1949 fertig gewesen, sondern sie muss meines Erachtens ständig weiterentwickelt werden.

Dafür habe ich tatsächlich diesen Verein gegründet, weil ich im Parlament immer wieder gegen Wände gelaufen bin. Ich habe ja nicht als Parlamentarier angefangen, sondern habe in einer ganzen Reihe von Bürgerinitiativen gearbeitet und dann den Eindruck gewonnen: Du kannst protestieren, demonstrieren, appellieren, aber du kannst nichts ändern. Und deswegen wurde diese Demokratiefrage für mich die zentrale Frage. Wie kommen wir dahin, dass jeder Bürger, nicht nur die Abgeordneten, sondern jeder Bürger die Möglichkeit hat zu sagen: Dieses und jenes ist mir wichtig.

Es gibt einen unglaublichen Schatz von Wissen, von Initiativen, von Ideen im Volk, der gar nicht gehoben ist. Und genau wie Jutta Limbach sagt, das muss dem Parlament vorgetragen werden können. Nur dann würde ich gerne noch einen Schritt weitergehen. Vielleicht haben Sie es auch nur nicht weitergeführt, denn wenn es dabei bliebe, dann wäre es nichts anderes als das, was wir schon haben: eine Petition, in dem Fall eine Massenpetition.

Anke Plättner:
Herr Häfner, bleiben wir bei den Formen. Sie haben jetzt über Ihre Besuchergruppe und das Parlament gesprochen. Auch wenn Sie es nicht gerne hören, Herr Thierse: Der Bundestag erreicht nur wenige Zuschauer. Liegt es an den Formen? Wir alle haben diesen Wahlkampf von Barack Obama bewundernd verfolgt. Er wird teilweise imitiert, was manchmal auch etwas merkwürdig wirkt. Aber müssen wir nicht überlegen, ob wir heute neue Formen der politischen Kommunikation brauchen?

Wolfgang Thierse:
Ach, kommen Sie mir nicht mit Obama! Warten Sie ab, der graue Alltag der Politik wird auch ihn erreichen.

Anke Plättner:
Es ging mir darum, auf welche Weise er Bürger mobilisiert.

Wolfgang Thierse:
Erstens: Das Parlament hat viele Aufgaben, aber seine geringste ist Unterhaltung. Das Unterhaltungsbedürfnis befriedige auch ich nicht im Bundestag. Aber das Fernsehen ist in erster Linie ein Unterhaltungsmedium und deswegen kommt das Parlament immer schlecht weg. Hier wird mühselig, teilweise dröge um Lösungen gerungen, findet politischer Meinungsaustausch statt. Was ich mir wünsche vom Parlament ist nicht Unterhaltung – das ist kein Kriterium –, sondern, dass die Abgeordneten verständlich reden, dass die Bürger

bemerken, es geht um ihre Sachen und ihre Angelegenheiten. Das allerdings ist ein wichtiger Maßstab.

Zweitens: Herr Häfner, Sie hätten ein bisschen fairer sein müssen. Die Redezeiten sind nicht ganz willkürlich festgelegt. Darüber entscheiden de facto die Wähler. Die Redezeiten richten sich nach dem Wahlergebnis. Wie sollen wir die anders aufteilen?

Gerald Häfner:
Herr Thierse, in den Parlamenten der Niederlande, Österreichs, der Schweiz und Dänemarks wird die Redezeit nicht nach dem Proporz der Fraktionen vergeben. Das schafft doch eine ganz ungewöhnliche Starrheit einer Debatte, wenn im Bundestag die einen immer 28 Minuten haben, die anderen aber nur fünf, und wenn dann dieses Ritual den ganzen Tag über so abläuft und die Wortmeldungen bereits drei Tage vorher abgegeben sein müssen. Andere Parlamente machen das anders und da ist es lebendiger.

Wolfgang Thierse:
Erste Bemerkung: Nach meiner Kenntnis ist der parlamentarische Alltag in den Niederlanden, in Dänemark und in Österreich nicht spannender als im Deutschen Bundestag.

Zweite Bemerkung: Jetzt muss ich polemisch werden – vielleicht war das bei den Grünen so, dass man drei Tage vorher die Wortmeldungen abgibt, bei uns ist das umstritten bis zuletzt. Ich weiß nicht, nach welchen Kriterien die Redezeiten sonst festgelegt werden sollten. Demokratie hat auch mit Legitimationsverfahren zu tun, die nicht willkürlich sein dürfen. Sie müssen nach vorausgehenden Regeln funktionieren, sonst herrscht Willkür. Dann könnte sich jeder anmaßen: Ich spreche hier fürs Ganze.

Sie wissen auch, dass die Bundestagsdebatten das Ergebnis eines langen Meinungsbildungsprozesses sind. Das Parlament ist fleißig, vor allem fleißig in den Ausschüssen. Dort findet der Streit statt, die Meinungsbildung und dann wird das Ergebnis dem Plenum mitgeteilt. Wir haben alle Anstrengungen unternommen, das unterhaltsamer, spannender zu machen. Wir überlegen ständig, wie wir Plenardebatten lebendiger und Fragestunden plastischer machen können. Aber ich sehe, das hat eine Grenze. Es wird nicht Kabarett sein, es wird nicht Fußball sein. Es ist keine Talkshow. Es ist immer mühseliger Alltag, so dass nach dem Austausch von Meinungen am Schluss der Ernst der Entscheidungen steht. Das ist ein Unterschied. Und der bleibt. Und der muss bleiben.

Anke Plättner:
Herr Thierse hat eben gesagt, die Abgeordneten sollen verständlich reden. Viele Bürger beklagen ja immer wieder, die Sprache der Politiker sei abgehoben, unverständlich und die politische Debatte bestimmt durch intransparente Rituale.

Herr Niedermayer, darf es nicht auch um Spannung und Unterhaltung in der Politik gehen? Verstieße das gegen das Demokratieverständnis, weil es dann zuviel Show wäre?

Oskar Niedermayer:
Die meisten meiner Kollegen schauen auf Sendeformate des Fernsehens herab, die nicht rein politischen Inhalts sind. Hinter dem seltsamen Kunstwort „Infotainment“ steht ja der Versuch, in Talkshows oder in anderen Formen Politik mit Unterhaltung zu vermischen. Da kann man unterschiedlicher Meinung sein. Man kann auch der Meinung sein, dass man nur über solche Möglichkeiten der Medien bestimmte Kreise in der Bevölkerung überhaupt noch erreicht. Bei der großen Programmvielfalt, die wir haben, ist es problemlos möglich, jegliche Politik im Fernsehen zu vermeiden und dennoch pro Tag 20 Stunden Fernsehen zu gucken.

Insofern ist es schon die Frage, ob es nicht sinnvoller wäre, vom hohen Ross herunterzukommen und zu sagen: Man muss auf die Leute zugehen, auch auf Schichten in der Bevölkerung, die rein politische Sendungen nicht sehen, und die kann man eigentlich nur dort abholen, wo es auch um Unterhaltung geht. Dann wird es natürlich seichter, dann wird es natürlich weniger differenziert, das ist ganz klar. Aber auf der anderen Seite wird es vielleicht auch „volksnäher“, so dass die Leute eher verstehen, was die Politiker sagen, und diese nicht in einer Kunstsprache reden, die niemand mehr versteht.

Zum Parlament noch zwei Sätze. Es gibt einen großen Unterschied zwischen Parlamenten, z.B. dem britischen Unterhaus und dem Bundestag. Das Unterhaus ist ein Redeparlament. Da sind die Debatten authentischer und lebendiger. Der Bundestag ist ein Arbeitsparlament, die wirklichen Auseinandersetzungen finden eben nicht im Plenum statt, wenn das Gesetz letztendlich verabschiedet wird, sondern in den Ausschüssen. Die Debatten dienen

den Fraktionen eigentlich nur noch einmal dazu, zusammenfassend zu sagen, was sie wollen. Wenn ich einen Vorschlag zu machen hätte in Bezug auf Phoenix und für das Sendeformat, dann würde ich bei den Übertragungen der Parlamentsdebatten nur eine Kamera zulassen. Und zwar eine Kamera, die auf das Rednerpult gerichtet ist. Ich würde keinen Schwenk zulassen über das gesamte Plenum. Wenn die Bürger nämlich zuschauen und sehen den Redner, dann ist alles o.k.. Wenn sie aber den Schwenk über die leeren Reihen des Parlaments sehen, sagen sie sofort: „Aha, die tun ja nix. Das sind wieder die faulen Politiker, die stecken einen Haufen Geld ein und holen sich irgendwo noch Gelder aus Aufsichtsratsmandaten ab." Das Gegenteil ist richtig: Wenn die Abgeordneten stundenlang bei den Parlamentsdebatten herumsitzen würden, wo ohnehin alles schon entschieden ist, dann schafften sie nichts.

Anke Plättner:
Ich darf nur daran erinnern, dass die Unterzeile von Phoenix heißt: „Das ganze Bild." Von daher wird das nicht funktionieren. Jetzt haben wir darüber geredet, wie sich Politik via Fernsehen zu den Bürgern bewegen kann. Aber ist das denn überhaupt das Richtige?

Wäre es nicht sinnvoller, Frau Limbach, wenn die Politik sich auf anderen Ebenen den Bürgern nähert? Deshalb habe ich auch Obama angesprochen, der ja viele Leute mobilisiert hat, die sich vorher gar nicht so für Politik interessierten. Die haben sich auf einmal getroffen und über Politik diskutiert.

Jutta Limbach:
Es ist ja nicht so, dass es nur die Übertragungen der Bundestagssitzungen sind, was wir von Politik hören. Also, ich höre z. B. noch jeden Morgen Radio, und die Interviews mit den Politikern sind manchmal wirklich Spitze. Was die morgens zu einer Zeit, wo ich noch müde bin und einen Kaffee brauche, schon hervorsprudeln! Ihre guten Kollegen, die eine Frage nach der anderen stellen, um die Blasen herauszubekommen, bringen es mitunter zu spannenden Gesprächen. Ich denke, da gibt es viele Möglichkeiten, um sich gut über Politik zu informieren. Natürlich sind auch die Tageszeitungen nicht zu vergessen.

Anke Plättner:
Aber es geht nicht nur ums Informieren. Es geht ja auch darum, wie schaffe ich es, dass sich Politik auf die Bürger zubewegt? Wie wird die Distanz überbrückt?

Jutta Limbach:
Sie müssten jeden Politiker oder viele Politiker, die die entsprechende Begabung haben, zum Volkstribun machen und auf die Straße bringen und sehen, dass sie Menschen gewinnen für Projekte, wie Herr Häfner sie im Kopf hat. Ich denke, unsere Hoffnung vor zehn, zwanzig Jahren war doch die, dass die Parteien das fertigbringen. Denn das ist ja auch im Grunde genommen die Auskunft, die das Grundgesetz gibt, indem es sagt: „Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit." Und das vermisse ich eigentlich, dass sie damit Ernst machen.

Ich will jetzt keine Partei direkt beleidigen – ich gehöre ja auch einer an – aber im Grunde genommen sind das Funktionärsklüngel, in denen man um Kandidaturen und derartiges feilscht. Nicht einmal dort gibt es Diskussionen. Ich habe das so häufig erlebt, nicht nur manchmal, als ich bei der „Roten Zelle" war, wie mein Mann immer sagt. Das ist aber wirklich die falsche Bezeichnung für die Ortsvereine der SPD, wenn junge Menschen neu dazu kommen, vielleicht frisch in diese Partei eingetreten sind und denken: „Also, jetzt mache ich hier Politik und diskutiere mit." Deren wachsende Enttäuschung zu erleben, das ist schon sehr schwierig. Das zeigt, dass die Parteien diese Funktion, die ihnen das Grundgesetz gegeben hat, eigentlich gar nicht ausfüllen. Sie müssten darüber nachdenken, wie Strukturen geschaffen werden können, um diese Aufgabe auch zu erfüllen.

Anke Plättner:
Woran liegt das Ihrer Meinung nach? Wie kommt es zum Funktionärsklüngel? Alle, die sich jetzt in einer Partei engagieren, machen das mit sehr viel Zeitaufwand. Und man geht doch in erster Linie in eine Partei, weil man etwas verändern will. Aber ist es so, dass man, wenn man einmal weiter oben angelangt ist, keine Macht abgeben möchte, dass man nicht mehr diskutieren möchte?

Jutta Limbach:
Ja, nun will ich nicht alle über einen Kamm scheren, sonst kommt Wolfgang Thierse mit seinem richtigen Zitat, mit dem ich immer strunzen gehe: „Wir erwarten von der Politik alles und verachten ihr Personal zutiefst." Zu diesen Leuten möchte ich nicht gezählt werden. Es gibt durchaus Politiker, die ihr Amt ernst nehmen und etwas davon verstehen.

Manchmal würde ich gerne meine Großmutter und meine Urgroßmutter fragen: Wie war das eigentlich damals auf diesen Parteischulen? Ist da auch in dieser Weise miteinander diskutiert worden, wie ich das heute erlebe, wenn ich mal auf Parteiversammlungen bin? Da geht es wirklich nur darum: Wer bekommt welches Amt, wer kommt auf die Liste, wer nicht?

Anke Plättner:
„Funktionärsklüngel" sagt Frau Limbach. Herr Thierse, fühlen Sie sich angesprochen?

Wolfgang Thierse:
Nein.

Anke Plättner:
Wie läuft's in der SPD?

Wolfgang Thierse:
Ach, ich kenne die Vorwürfe und muss immer sagen: Ich bin wahrscheinlich nicht der richtige Zeuge. Ich bin im Januar 1990 in die SPD-Ost eingetreten und fünf Monate später war ich ihr Vorsitzender, also konnte ich gar nicht die sogenannte Ochsentour machen.

In Ostdeutschland, auch in Berlin, erlebe ich etwas ganz anderes. Es gibt gar nicht so viele Leute, die Zeit, Nerven und Kraft in den Alltag der Politik stecken, die bereit sind, diese Mühsal auf sich zu nehmen. Es ist ja schön, etwas verändern zu wollen. Aber man muss sich erstens einigen darauf, was man verändern will und mit wem zusammen. Man muss Mehrheiten gewinnen dafür, man muss Kompromisse eingehen. Das sind alles höchst mühselige, schweißtreibende Vorgänge. Es geht nicht schnell. Das ist so. Wer wünscht, dass es schnell geht, der ruft im Grunde nach dem starken Mann, der dreinschlägt, der den Gordischen Knoten durchschlägt.

Demokratie ist genau anders. Ich lobe die Langsamkeit der Demokratie, weil nur sie die Chance gibt, dass möglichst viele sich mit ihren Interessen und Meinungen beteiligen können. Aber das dauert und dabei gehen viele verloren. Diejenigen, die dabeibleiben, dann „Funktionärsklüngel" zu nennen, halte ich für sehr problematisch, wie wohl ich weiß, dass in Parteien auch viele abgestandene Rituale stattfinden.

Doch wenn ich das Gegenteil wieder an meinem eigenen Beispiel zeigen darf: Ich verderbe den Altersdurchschnitt meiner Abteilung – in Berlin steht das für Ortsverein. Prenzlauer-Berg-Süd ist der größte Ortsverein der SPD in ganz Ostdeutschland. Die Mitglieder sind fast alle zwischen 25 und 35 Jahren alt. Und da komme ich als 65-jähriger dazu, der Opa, den sie zum Glück noch respektieren. Aber die streiten heftig und die organisieren. Ich sage: „Macht so viel Ihr wollt." Die sind nicht mehr so ideologisiert wie manche frühere Juso-Generationen, sondern die interessieren sich für sehr konkrete Dinge. Also, ich kann da nicht einstimmen in das allgemeine Klagen. Die jungen Leute lernen, wie mühselig es ist, diesen oder jenen Fortschritt in der Stadtbezirkspolitik zu erringen. Sie lernen, sich einzumischen, Niederlagen zu ertragen, weil man sich nicht durchsetzen kann, weil das Geld nicht dafür da ist, sondern für etwas anderes ausgegeben werden muss. Das ist der Alltag der Demokratie: die Kommune.

Wolfgang Thierse

Ich will Heribert Prantl ausdrücklich zustimmen in der Kritik an dramatischen Fehlentwicklungen der letzten Jahre. Diese Privatisierungsideologie von Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge hatte fatale Wirkung. Man musste immer wissen: Privatisierung heißt, etwas der demokratischen Mitentscheidung zu entziehen und dem Geldbeutel der beteiligten Institutionen und Gruppen oder Einzelnen zu überlassen. Das ist eine wirkliche Fehlentwicklung. Deswegen steht im neuen Grundsatzprogramm der SPD an verschiedenen Stellen als wichtiger Begriff: Öffentliche Güter. Das bedeutet nicht automatisch, dass alles verstaatlicht sein muss, aber dass demokratische Entscheidungen und Kontrolle über diese Güter sowie der Zugang zu diesen Gütern gewährleistet sein muss. Das müssen wir wieder gewinnen. Und da ist die Kommune die entscheidende Ebene.

Anke Plättner:
Es ist in der Tat merkwürdig, wenn wir inzwischen die Banken verstaatlichen, aber die Wasserwerke privatisieren. Das ist eine Entwicklung, die zu denken gibt.

Herr Häfner, schaffen es die Parteien noch, Menschen zu bewegen? Herr Thierse berichtet, im Prenzlauer Berg sind es die jungen Leute, die diskutieren. Ist das vielleicht eher die Ausnahme? Sehen Sie die Parteien als den Ort, wo man Demokratie lernt? Und muss das auch für unsere Gesellschaft der Ort dafür bleiben?

Gerald Häfner:
Selbstverständlich glaube ich, dass die Parteien ein solcher Ort sind, wo man Demokratie lernt, und dass die Parteien Zukunft haben. Ich glaube auch, dass Demokratie ohne Parteien schlecht geht. Es ist auch keine Frage, dass wir weiterhin Parteien hätten, wenn wir das tun würden, was ich dringend empfehle, nämlich Volksbegehren und Volksentscheide auf allen politischen Ebenen, also auch auf Bundesebene, einzuführen. Wir hätten nach wie vor Parlamente und 99,9 % der politischen Entscheidungen würden dort gefällt werden. Das würde den Parlamenten auch gar nichts nehmen. Es würde aber den Bürgern ermöglichen, gelegentlich Entscheidungen zu korrigieren oder selbst zu treffen, und das wäre bitter nötig, meine ich. Ein Schweizer Verfassungsrechtler hat einmal zu mir gesagt: „Bei uns ist die direkte Demokratie wie der Nothammer in der Straßenbahn. Am besten ist, man braucht ihn nicht, aber es ist gut, ihn zu haben."

Herr Thierse, ich freue mich ja, wenn Sie keine Klüngel kennen. Ich habe sie zur Genüge erlebt in der Politik und leider geht das dann oft mit substantiell falschen Entscheidungen einher. Nehmen wir einmal z. B. das Cross-Border-Leasing, also die aberwitzige Idee, dass eine Kommune ihre Wasserversorgung, ihre Straßenbahn, ihren öffentlichen Nahverkehr, ihre Kanalisation an irgendein, ihr gar nicht näher bekanntes Konsortium in den USA verkauft, auf 100 Jahre zurückmietet und dann verschiedene Leute sich einbilden, damit würde ein Gewinn gemacht. Real ist gar nichts geschehen: Es ist die gleiche Straßenbahn, das gleiche Rathaus. Doch es wurde ein Gewinn gemacht, im Grunde durch Steuerbetrug. Inzwischen ist das ja gestoppt, geht das gar nicht mehr. Die Gesellschaft, die das gemacht hat in den USA, war der Versicherungskonzern AIG, der 2008 fast 100 Milliarden Dollar Verlust auswies und

vom amerikanischen Staat mit 150 Milliarden Dollar gerettet werden musste. An den Cross-Border-Leasing-Geschäften haben bis 2005 zahlreiche deutsche Anwaltskanzleien, die dieses Modell den Kommunen aufdrängten, grandiose Provisionen verdient. Ich war in mehrere solche Fälle involviert. Da sind den Kommunen zum Teil 1000-seitige Verträge in englischer Sprache vorgelegt worden, und die Stadt- und Gemeinderäte waren überhaupt nicht in der Lage, das zu prüfen. Sehr wenige Leute haben über das Gemeineigentum entschieden. Wenn das kein Klüngel ist, was da gelaufen ist!

Übrigens: Was den geplanten Verkauf der Deutschen Bahn betrifft, sage ich ganz deutlich hier: Das ist Volkseigentum. Das gehört meines Erachtens überhaupt nicht der Regierung. Da gilt für mich das, was die Richter im Mannesmann-Prozess so wunderbar formuliert haben: Es haben sich die Gutsverwalter plötzlich aufgespielt, als seien sie die Gutsherren. Die Bahn ist über mehr als ein Jahrhundert vom deutschen Volk nach und nach aufgebaut worden. Wenn die Bundesregierung die Bahn verkaufen will, dann fände ich es klasse, wenn die Bürger die Möglichkeit hätten zu sagen: „Halt, darüber wollen wir einen Volksentscheid!" Wo immer in Kommunen über Cross-Border-Leasing oder über die Privatisierung von Wasser- und Energieversorgung abgestimmt wurde, haben die Bürger das abgelehnt. Es ist ein Riesenglück, dass wir auf kommunaler Ebene die direkte Demokratie haben, denn sie hat viele dieser aberwitzigen Geschäfte verhindert. Und dort, wo es die Möglichkeit nicht gab, darüber zu entscheiden, sind heute nicht nur die Bürger, sondern auch die Gemeinderatsmitglieder verzweifelt.

Es geht nicht um die Alternative direkte oder repräsentative Demokratie. Es geht darum, dass der Souverän, die Bürger, wenn sie das Gefühl haben, hier läuft wirklich etwas schief, am Ende auch den Fuß in die Tür bekommen und etwas zu sagen haben.

Anke Plättner:
Professor Niedermayer, empfinden die Bürger die Parteien noch als den Ort, wo sie demokratisch agieren können. Was sagen Ihre Untersuchungen dazu?

Oskar Niedermayer:
Die eine Geschichte ist, dass die Mitgliederzahlen der Parteien seit längerer Zeit schon zurückgehen. Aber auch hier muss man wieder sehr stark differenzieren. Denn der Blick richtet sich meist nur auf die großen Parteien und

Oskar Niedermayer

dabei vor allen Dingen auf die SPD. Die hat es mit Abstand am stärksten getroffen, die Union auch noch ein bisschen. Bei den kleinen Parteien sieht es schon wieder ganz anders aus. Die FDP nimmt an Mitgliedern zu, die Grünen bleiben in etwa gleich, die CSU hatte lange auch keine wesentlichen Probleme, die Linkspartei hat jetzt durch die Vereinigung mit der WASG leicht zugelegt.

Auch die pauschale Aussage der immer stärkeren Überalterung der Parteien ist differenziert zu betrachten. Wir haben jetzt einmal untersucht, wie stark die einzelnen Altersgruppen unter den Neumitgliedern repräsentiert sind. Es stellt sich heraus, dass sogar bei den beiden großen Parteien fast doppelt so viele jüngere Leute in die Parteien eintreten, als es dem Anteil dieser Altersgruppen an der erwachsenen Bevölkerung entspricht. Das glaubt man kaum, aber es ist empirisch belegt. Entscheidend ist jedoch etwas anderes: Es gehen insgesamt viel zu wenige Leute in eine Partei. Das ist das große Problem. Heutzutage sind nur etwa zwei Prozent der deutschen Bevölkerung über 16 Jahre Mitglied einer Partei. Das waren 1980 noch vier Prozent.

Anke Plättner:
Woran liegt dieser Rückgang?

Oskar Niedermayer:
Das liegt nicht nur an den Parteien. Man macht sich ja in solchen Diskussionsrunden sofort unbeliebt, wenn man die Parteien verteidigt. Aber ich will es trotzdem tun. Die Parteien, alle Parteien, haben in den letzten Jahren alles für sie Mögliche getan, um neue Mitglieder zu gewinnen. Sie haben Schnuppermitgliedschaften erlaubt, sie haben Internet-Foren eingerichtet, sie haben gesagt:

„Ihr braucht erst einmal keinen Beitrag zu bezahlen." Sie haben gesagt: „Ihr könnt projektbezogen mitarbeiten und Euch dann entscheiden, ob Ihr ganz eintreten wollt." Der Erfolg dieser Bemühungen war sehr begrenzt.

Parteipolitisches Engagement ist eine voraussetzungsreiche und schwierige Art der politischen Beteiligung, die Zeit und Mühe kostet, was nicht jeder auf sich nehmen möchte. Das will nur eine ganz kleine Gruppe von Leuten in der Gesellschaft, denn es gibt so viele andere Möglichkeiten, wie man seine Freizeit verbringen kann. Zudem sind die Parteien natürlich nicht mehr die Monopolisten auf dem politischen Markt. Es gibt viele andere Organisationen, in denen die Beteiligung „einfacher" ist, in denen man nicht jede Woche stundenlang auf Sitzungen verbringen muss, zu denen man einmal hingehen und was bewirken kann, in denen es auch Spaß macht, sich zu beteiligen. Dort muss man nicht, wenn man die Welt retten will, über Details der Abwasserentsorgungsgesetze auf kommunaler Ebene oder ähnliches diskutieren.

In Berlin gibt es ein ganz wunderbares Beispiel für die These, die ich vertrete. Vor einigen Jahren wollten Studenten die hiesige FDP übernehmen, um die Bildungspolitik der Partei zu drehen. Sie sind massenhaft eingetreten. Manche FDP-Ortsvereine in Berlin haben versucht, das zu verhindern, weil sie wirklich Angst davor hatten, übernommen zu werden. Aber als die Studenten dann drin waren, haben sie gemerkt: Das ist viel Arbeit, wenn man etwas verändern will. Und nach einem halben Jahr waren zwei Drittel der Neumitglieder wieder draußen. Das Drittel, das drin geblieben ist, ist in der FDP etwas geworden.

Anke Plättner:
Aber muss man dann gemein sein und sagen: Die Bürger sind zu faul für die Demokratie?

Oskar Niedermayer:
Nein, zu faul nicht, aber sie haben genügend andere Dinge zu tun. Zudem gibt es genügend andere Möglichkeiten, entweder seine Freizeit unpolitisch zu verbringen oder politisch aktiv zu sein, aber nicht in den Parteien.

Anke Plättner:
Herr Thierse, wie erleben Sie das? Wann sagt jemand aus Ihrem Umfeld im Prenzlauer Berg: „O.k., ich engagiere mich für die SPD, und ich trete sogar in die Partei ein."

Wolfgang Thierse:
Was heißt hier „sogar“?

Anke Plättner:
Wir haben ja eben gehört, wie schwer die SPD es hat.

Wolfgang Thierse:
Es ist kein wirklicher Trost, aber es ist doch nicht unfair, darauf hinzuweisen, dass auch andere große Organisationen unter Mitgliederschwund oder Mitgliedermangel leiden. Die Kirchen, die Gewerkschaften, die Sportorganisationen – überall der gleiche Vorgang aus unterschiedlichen Gründen.

Gerald Häfner:
Wir wachsen, Herr Thierse. „Mehr Demokratie“ wächst!

Wolfgang Thierse:
Ja, aus unterschiedlichen Gründen wird heutzutage – vor allem von der jüngeren Generation – Engagement eher temporär, themenbezogen, auch dem eigenen Geschmack folgend gewährt. Je konkreter und kurzzeitiger, umso besser. In einer kleinen Gruppe ist es einfacher als in einer großen. Aber man nimmt dann auch in Kauf, dass die Wirkung begrenzt ist. Man kann sich der Illusion hingeben, in einer kleinen Gruppe sofort etwas zu erreichen. In einer großen Partei kann man dagegen am Schluss viel mehr erreichen, es dauert allerdings länger. Das ist der Unterschied.

Anke Plättner:
Aber was erleben Sie als Auslöser für das Engagement oder den Eintritt in Ihre Partei? Sagen die neuen Mitglieder, „Ich möchte irgendwann einmal in den Bundestag.“, oder sagen sie, „Ich will, dass ein neuer Spielplatz gebaut wird.“?

Wolfgang Thierse:
Das sind sicher unterschiedliche Motive, die ich aber zusammenfassen und mit meiner Lebenserfahrung zusammenbringen möchte. Ich glaube, politische Leidenschaft entsteht aus einem einzigen Grund: Aus der Erfahrung, mit etwas nicht einverstanden zu sein, etwas als ungerecht zu empfinden. Und

dann fängt man an zu fragen: „Warum ist das so? Wie kann ich das ändern? Mit wem zusammen kann ich das ändern?“ Das sind die drei entscheidenden politischen Fragen.

Diese Erfahrung muss man machen, mit etwas nicht einverstanden zu sein, unter etwas zu leiden, unzufrieden sein. Die Ungerechtigkeitserfahrung, glaube ich, ist eine Voraussetzung dafür. Ich glaube nicht, dass Karrierelust ausreichend ist. Wer nur Karrierelust hat, der geht unterwegs verloren oder wird Zyniker. Das ist gefährlich. Mit etwas nicht einverstanden zu sein, diese Art von Empfindlichkeit, eine prinzipielle soziale oder gut staatsbürgerliche Empfindsamkeit ist die elementare Voraussetzung für politisches Engagement. Sie kann sich an ganz unterschiedlichen konkreten Situationen oder Themen entzünden.

Anke Plättner:
Aber wäre nicht dann die Schlussfolgerung, wenn man nach Ostdeutschland schaut, sagen wir nach Mecklenburg-Vorpommern, wo es viele Arbeitslose gibt und viele unzufrieden sind, dass die Menschen sich dort in Massen politisch engagieren müssten?

Wolfgang Thierse:
Ja, da kommt etwas zweites hinzu, und es ist richtig, dass Sie mich daran erinnern. Man muss auch noch das subjektive, hoffentlich realistische und nicht illusorische Gefühl haben, man könne in der Politik etwas erreichen für die positive Veränderung eines schlechten Zustandes. Das ist eine weitere wichtige Voraussetzung.

Es kann sein, dass junge Leute nicht mehr glauben, Politik könne etwas verändern. Es kann sein, dass viele in Ostdeutschland das auch nicht mehr glauben, weil sie nach der riesigen Erwartung an die Wunder der Demokratie, der Marktwirtschaft und des bundesdeutschen Staates so abgrundtief enttäuscht sind. Es kann auch sein, dass vielen die konkreten Angebote vor Ort nicht ausreichend erscheinen. Dem würde ich aber immer widersprechen. Denn die Demokratie in Ostdeutschland leidet unter dramatischem Mangel an engagierten Mitgliedern, engagierten Leuten, die ihre Haut zu Markte tragen und sich in der Kommunalwahl zur Verfügung stellen, die auch bereit sind, eine Niederlage oder das Geschimpfe und die Wut der Bürger zu ertragen, weil die Wunder nicht eintreten, die erwartet werden.

Anke Plättner:
Herr Häfner, würden Sie das unterschreiben, was Herr Thierse gesagt hat: Voraussetzung für politisches Engagement ist das Gefühl der Ungerechtigkeit, das Gefühl, etwas ändern zu müssen?

Gerald Häfner:
Ja, das ist feinfühlig beschrieben. Ich glaube auch, dass das Rechts- und das Verantwortungsempfinden im Menschen dort seinen Ursprung hat, wo er erlebt, jemandem oder einem selbst wird Unrecht getan.

Nur, das Engagement kann ja ganz verschiedene Wege nehmen. Das scheint mir nicht ausreichend beschrieben worden zu sein. Ich sehe die Parteien nicht als die einzige Möglichkeit. Es gibt eben auch viele andere Wege. Dass der Prozentsatz derer zurückgeht, die in eine Partei eintreten, darüber muss man reden und nachdenken, ob das nicht auch tiefere Gründe als nur tagespolitische hat.

Ich will sehr knapp ein oder zwei Elemente nennen. Das eine ist die Globalisierung. Wir haben eine Entwicklung, in der immer mehr Entscheidungen immer weiter weg von uns fallen und die Bürger immer weniger das Gefühl haben, dass sie durch Beteiligung am politischen Verfahren und an den Institutionen tatsächlich etwas bewegen könnten. Das ist eine große Sorge, die ich habe, das Gefühl: „Ich als Einzelner kann da sowieso nichts machen. Das ist soweit weg, das ist so groß." Das ist der erste Punkt. Deswegen glaube ich, es ist dringend notwendig, nicht nur über mehr Demokratie in Deutschland zu reden, sondern darüber, wie wir supranationale Organisationen demokratischer und transparenter gestalten können. Immer mehr Entscheidungen fallen heute notwendigerweise jenseits der Nationalstaaten, zum Teil aber in Gremien, die demokratisch so gut wie gar nicht legitimiert sind.

Anke Plättner:
Wäre in dem Sinne die jetzige Finanzkrise gerade eine Chance für die Demokratie, weil auf einmal die Rolle des Staates wieder viel stärker betont wird?

Gerald Häfner:
Na klar. Auch wenn das provozierend klingt, sage ich ganz deutlich: Ich würde gerne die Lösung der Finanzkrise nicht denen überlassen, die sie geschaffen haben. Es ist doch die große Frage, wie organisieren wir einen gesellschaftlichen Diskurs über die entscheidenden Probleme unserer Gegenwart und Zukunft. Ich meine, alle Bürger haben dazu etwas zu sagen, aber sie haben bislang das Gefühl, gar nicht gefragt zu sein.

Das ist die unschätzbare Chance von direkter Demokratie. Ich weiß nicht, ob das in Deutschland schon angekommen ist, was in der Schweiz gerade geschieht. Die Schweizer fangen an, nicht nur das Bankgeheimnis zu durchlöchern, was notwendig und richtig ist, sondern auch das Steuerrecht zu ändern. So wurden im Kanton Zürich durch eine Volksabstimmung die Steuerprivilegien für dort lebende Ausländer abgeschafft, die in ihrem Herkunftsland keine Steuern zahlen zu müssen. Das ist jetzt eine Frage großer Debatten in der Schweiz mit Hilfe der Mittel der direkten Demokratie.

Der zweite Punkt ist, dass wir eine zunehmende Individualisierung der Gesellschaft haben. Ich glaube, uns ist eines zu wenig bewusst: Partei – Herr Thierse hat das selbst vorhin auch gesagt – baut ja auf der Idee auf, Pars, also ein Teil des Ganzen, zu sein, sozusagen gegen die anderen Interessengruppen in der Gesellschaft gerichtet. Meiner Meinung nach werden immer mehr Konflikte von den Parteien nicht ausreichend widergespiegelt. Ich könnte unzählige Konflikte aufzählen, die in unserem Land quer zu den politischen Parteien laufen. Das erleben wir bei „Mehr Demokratie" regelmäßig in unserer Arbeit. Wir haben in Hamburg im Jahr 2004 in einem Volksentscheid mit einer gewaltigen Mehrheit von über 70 % eine Änderung des Wahlrechts gefordert. Aber mit Ausnahme der Grünen waren die in der Bürgerschaft sitzenden Parteien alle dagegen, woran man sieht, dass sie in diesem Punkt die Bürgerinteressen gar nicht vertreten. Die Bürger wollten ein demokratischeres Wahlrecht. Das ist ein Beispiel dafür, dass es notwendig ist, auch neben den Parteien Möglichkeiten des Bürgerengagements zu schaffen.

Anke Plättner:
Frau Limbach, denken Sie auch, dass die Finanzkrise und die stärker werdende Rolle des Staates eine Chance ist für mehr Demokratie?

Jutta Limbach:
Nicht, dass es im Augenblick so aussieht. Ich möchte aber noch einmal etwas zu Ihrer Frage sagen, „Was treibt einen eigentlich zur Politik?" Wir haben jetzt ein bisschen zu sehr auf der Ebene der Parteien und auch der Organisationen gedacht, die Herr Häfner vertritt. Ich denke, es gibt auch so etwas simples wie

Verantwortungsbereitschaft. Gerade bei dem Wurzelwerk, von dem Heribert Prantl sprach, spielt das eine viel größere Rolle, nämlich bei diesen zivilgesellschaftlichen Aktionen, wo sich Menschen zusammentun, um beispielsweise Nachhilfeunterricht für Migrantenkinder zu organisieren oder ähnliches mehr. Da ist es einfach der Wunsch, zu helfen und Verantwortung zu tragen. Es ist nicht nur das Empfinden von sozialer Ungerechtigkeit und Ärger, obwohl das natürlich das ist, was jemanden in eine Partei treibt.

Nun zu Ihrer Frage nach der Krise als Chance. Ja, ich denke, dass die Zeit günstig ist. Und es ist klar: Wir lernen am besten immer unter großem Leidensdruck, und diese Finanz- und Wirtschaftskrise produziert solch einen Leidensdruck. Aber es kommt jetzt darauf an, dass wir genügend Leute sind, die das in die richtige Richtung lenken. Die Politik kommt nicht von allein auf die richtigen Ideen und Lösungen und gesellschaftlicher Rückhalt lässt sich nicht so organisieren, dass sich Krethi und Plethi in den Prozess einmischen. Die Diskussion über die Finanzkrise verläuft jedoch eher so. Auch ich lese seitdem das Wirtschaftsblatt, das ich sonst eigentlich mehr durchgeblättert habe, um zu sehen, ob irgendein Aufhänger drin ist, der mich interessiert. Aber jetzt werden Kompetenzen gebraucht, die wirklich nicht jeder hat. Und wir müssen eines bedenken: Nicht jeder kann bei allem an der Politik mitwirken, sondern es sind – insbesondere bei den komplexen Themen – in der Tat die politischen Eliten, die über das Parlament und die Regierung hinausreichen müssen, die Ideen und Lösungen formulieren, um deren Diskussion und Implementierung es geht.

Anke Plättner:
Herr Niedermayer, auch an Sie die Frage nach der Finanzkrise und ihrer Rolle für die Demokratie. Können Sie sagen, ob das eher demokratieförderlich ist oder eher abträglich wirkt?

Oskar Niedermayer:
Eine verstärkte Rolle des Staates, wie sie jetzt allemal angemahnt und auch praktiziert wird, heißt ja nicht unbedingt, dass diese der Demokratie förderlicher ist. Vielmehr kommt es darauf an, von wem diese Entscheidungen getroffen werden, mit denen versucht wird, die Finanzkrise halbwegs zu befrieden. Insofern ist es überhaupt noch nicht ausgemacht, ob das zu einer Stärkung der Demokratie führen kann. Es kann genauso gut zu einer Verstärkung der

Verdrossenheit der Bürger führen, weil diese möglicherweise sagen werden, dass wieder einmal Entscheidungen getroffen werden, die eine soziale Schieflage haben und bestimmte Akteure begünstigen und andere nicht. Das wäre dann nicht so sehr förderlich und würde eher die Distanz der Bürger zur Politik vergrößern.

Anke Plättner:
Wir schaffen es natürlich nicht, hier alles zu besprechen. Spätestens in fünf Jahren, glaube ich, bei 25 Jahre Mauerfall und 65 Jahre Grundgesetz, können wir dann wieder diskutieren. Aber zum Schluss noch eine kurze Runde mit einer Frage an jeden: Das Geburtstagsgeschenk zum Jubiläum, wie sähe das aus, Herr Häfner?

Gerald Häfner:
Es sind ja eigentlich drei Jubiläen, die wir haben: 60 Jahre Grundgesetz, 40 Jahre „Mehr Demokratie wagen“ von Willy Brandt sowie 20 Jahre friedliche Revolution und „Wir sind das Volk!“ im östlichen Teil Deutschlands.

Mein Wunsch wäre, dass die Bürger auf Augenhöhe mit den Politikern kommen, dass 60 Jahre nach Zustandekommen des Grundgesetzes erfüllt wird, was darin steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt.“ Das heißt, ich wünsche mir, dass wir auf Bundesebene neben den Wahlen auch Volksabstimmungen bekommen.

Anke Plättner:
Herr Niedermayer, was wäre Ihr Geschenk?

Oskar Niedermayer:
Ich hätte als Parteienforscher einen konkreten Wunsch, dessen Verwirklichung ein Geschenk für die Demokratie wäre. Wenn von all denjenigen hier im Saal, die ihr Ziel noch nicht in einer Partei sehen, sich wenigstens jeder Zehnte nach dieser Veranstaltung bereit erklärte, in eine Partei einzutreten, hätte der heutige Abend etwas Gutes gebracht.

Anke Plättner:
Schön, wie Geschenke immer als Wünsche formuliert werden.
Frau Limbach?

Jutta Limbach:
Um mein Geschenk ganz konkret zu machen: Ich würde mir wegen der Zukunftsträchtigkeit des Grundgesetzes wünschen, dass wir eines Tages die Kraft finden, den Artikel 16a, das 1993 geänderte Asylrecht, und den umformulierten Artikel 13 über die Unverletzlichkeit der Wohnung wieder auf ihre ursprüngliche Form zurückzubringen. Artikel 13 ist in einer Art und Weise verschlimmbessert worden im Gefolge eines Sicherheitsdenkens, das unserem Grundgesetz wirklich nicht wohl ansteht.

Anke Plättner:
Gut. Herr Thierse, Ihr Wunsch oder Ihr Geschenk. Ich hatte eigentlich nach einem Geschenk gefragt, aber alle haben Wünsche aufgesagt.

Wolfgang Thierse:
Ich wünsche mir, dass die Bürger dieses Landes dieser Republik das Geschenk machen einer hohen Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl und einer klaren Absage an extremistische Parteien durch deren vernichtende Niederlage. Das wünsche ich mir.

Anke Plättner:
Ganz herzlichen Dank, Herr Niedermayer, Herr Häfner, Herr Thierse und Frau Limbach.

Herr Brenner möchte jetzt gern noch ein paar Sätze sagen.

Karsten Brenner:
Was ich zum Schluss zu sagen habe, das geht ganz schnell. Zunächst möchte ich danken für diese hochklassige Diskussion nach einer tollen Vorlage, die Herr Prantl gegeben hat, und unter der großartigen Leitung von Frau Plättner.

Und dann habe ich noch eine Botschaft, die an Frau Plättner geht: Bitte berichten Sie Ihrem Sender, die Diskussion war so gut, dass sie es wert gewesen wäre, bei Phoenix gebracht zu werden. Das ist uns schon einmal gelungen, und ich bin sicher, es wird uns das nächste Mal bestimmt wieder gelingen.

Meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihr Kommen und einen schönen Abend.

SCHRIFTENREIHE DER BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Heft 1 **Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis**
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2 **Politik für Berlin – Willy Brandt 1957-1966**
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3 **Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4 **Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5 **Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6 **Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7 **Perspektiven aus den Exiljahren**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8 **Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

Heft 9 **Horst Ehmke: Reformpolitik und »Zivilgesellschaft«**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

Heft 10 **Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und die deutsch-amerikanischen Beziehungen**
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

Heft 11 **Peter Glotz: Willy Brandts Charisma**
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

Heft 12 **Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund**
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

Heft 13 **Hans Arnold: Willy Brandt und Europa**
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

Heft 14 **Willy-Brandt-Gespräch 2006: »Mehr Demokratie wagen« (1969) – »Mehr Freiheit wagen« (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft im Umbruch?**
Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

Heft 15 **Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

Heft 16 **Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

Heft 17 **Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit. Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr**
Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4

Heft 18 **Robert B. Zoellick: Deutschland und der „ferne Horizont“ (Willy Brandt Lecture 2008)**
Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2

Heft 19 **Peter Merseburger: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit**
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-18-0

Heft 20 **Willy-Brandt-Gespräch 2009: Bürger und Politik – zunehmend auf Distanz? Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren Grundgesetz und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution**
Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-19-5

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler

Mit der »Berliner Ausgabe« ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die Reihe soll eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände ist eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände in Hardcover mit Schutzumschlag umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Band 1 **Hitler ist nicht Deutschland**
Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928-1940
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2 **Zwei Vaterländer**
Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940-1947
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

Band 3 **Berlin bleibt frei**
Politik in und für Berlin 1947-1966
Bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

Band 4 **Auf dem Weg nach vorn**
Willy Brandt und die SPD 1947-1972
Bearb. von Daniela Münkel, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

Band 5 **Die Partei der Freiheit**
Willy Brandt und die SPD 1972-1992
Bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

Band 6 **Ein Volk der guten Nachbarn**
Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974
Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

Band 7 **Mehr Demokratie wagen**
Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974
Bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

Band 8 **Über Europa hinaus**
Dritte Welt und Sozialistische Internationale
Bearb. von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006,
ISBN 3-8012-0308-5

Band 9 **Die Entspannung unzerstörbar machen**
Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974-1982
Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

Band 10 **Gemeinsame Sicherheit**
Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992
Bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt,
ISBN 3-8012-0310-7 (erscheint als letzter Band im Oktober 2009)

WILLY-BRANDT-STUDIEN

Band 1
Daniel F. Sturm: **Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90**
Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

Band 2
Robin M. Allers: **Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966-1974)**
Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1
Willy Brandt: **Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946**
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2007, ISBN 978-3-8012-0380-1

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Willy Brandt 1913-1992
Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz
Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913-1992
Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz
Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!
Anforderungen an einen »Brandt-Report« für das 21. Jahrhundert (gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn)
Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

Johannes Rau: **Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002**
hrsg. in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung
Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

Sabine Carbon/Barbara Lücker: **Willy. Die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers**
Berlin 2007, ISBN 978-9810097-8-1

Willy-Brandt-Haus Lübeck
Neue Architekturführer Nr. 118, Stadtwandel Verlag, Berlin 2007, ISBN 978-3-86711-038-9 (auch in Englisch erhältlich)

Willy Brandt – ein politisches Leben im 20. Jahrhundert
Katalog zur ständigen Ausstellung im Willy-Brandt-Haus Lübeck von Katharina Bieler, Lübeck 2009

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter *www.willy-brandt.de* verwiesen.

DIE BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (BWBS) ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Die Dauerausstellung „Um die Freiheit kämpfen – Willy Brandt. 1913-1992“ im Rathaus Schöneberg ist Dienstag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr und Samstag und Sonntag von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

Eine Stiftung – zwei Standorte

Am 18. Dezember 2007 wurde am Geburtsort des früheren Bundeskanzlers das „Willy-Brandt-Haus Lübeck“ als Außenstelle der BWBS mit einer modernen, multimedialen Dauerausstellung eröffnet.

Näheres unter *www.willy-brandt-luebeck.de*.

BILDNACHWEIS
Bundesregierung, Gebhardt: Cover
© aller übrigen Fotos bei Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Willy-Brandt-Gespräch 2009: Bürger und Politik – zunehmend auf Distanz?
Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren Grundgesetz und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution. Vortrag und Podiumsdiskussion bei der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Roten Rathaus in Berlin, 24. März 2009**
[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfgang Schmidt ...].
1. Aufl. – Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2009
(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; H. 20)
ISBN 978-3-933090-19-5

www.willy-brandt.de

ISSN 1434-6176
ISBN 978-3-933090-19-5

Bundeskanzler |
Willy Brandt | Stiftung

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d. ö. R.
Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin